



## Kurzprotokoll der 45. Sitzung

### **Ausschuss für Tourismus**

Berlin, den 27. Mai 2020, 14:45 Uhr

Vorsitz: Sebastian Münzenmaier, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Tagesordnungspunkt**

**Seite 4**

Öffentliche Anhörung zum Thema

"Zukunft der Tourismuswirtschaft"

**Mitglieder des Ausschusses**

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Brehmer, Heike Damerow, Astrid Donth, Michael Lehrieder, Paul Schulze, Dr. Klaus-Peter Vieregge, Kerstin	Gädechens, Ingo Lämmel, Andreas G. Linnemann, Dr. Carsten Rouenhoff, Stefan Schreiner, Felix Zech, Tobias
SPD	Hiller-Ohm, Gabriele Junge, Frank Rützel, Bernd Yüksel, Gülistan	Dr. Brecht, Eberhard Miersch, Dr. Matthias Moll, Claudia Ortleb, Josephine
AfD	Münzenmaier, Sebastian Neumann, Christoph	Gehrke, Dr. Axel Pasemann, Frank
FDP	Klinge, Dr. Marcel Müller-Böhm, Roman	Hanke, Reginald Theurer, Michael
DIE LINKE.	Kassner, Kerstin Zimmermann (Zwickau), Sabine	Hahn, Dr. André Lutze, Thomas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Schmidt, Stefan Tressel, Markus	Gastel, Matthias Ostendorff, Friedrich



Die Anwesenheitslisten liegen dem Originalprotokoll bei.



## Tagesordnungspunkt

### Öffentliche Anhörung zum Thema "Zukunft der Tourismuswirtschaft"

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle ganz herzlich zur 45. Sitzung, sowohl die Sachverständigen, unsere über einhundert zugeschalteten Gäste und natürlich alle Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich sehr, dass Sie alle an unserer öffentlichen Anhörung, die in einem ungewohnten Format - nämlich einer Videokonferenz-, stattfindet, teilnehmen.

Ich freue mich, dass heute elf Sachverständige mit ihrer Expertise zur Verfügung stehen.

Es sind dies in alphabetischer Reihenfolge

Frau Anke Budde,

Herr Michael Buller,

Herr Benedikt Esser,

Herr Frank Hakelberg,

Herr Jörn Holtmeier,

Herr Dirk Inger,

Herr Norbert Kunz,

Frau Marija Linnhoff,

Herr Michael Rabe,

Herr Julian Schmitz,

und Herr Guido Zöllick.

Herzlich willkommen hier bei uns im „virtuellen“

Ausschuss. Viele von Ihnen waren heute schon auf Demonstrationen. Die aktuelle Corona Pandemie und vor allem die damit einhergehenden Einschränkungen haben Sie als Tourismusbranche natürlich ganz besonders schwer getroffen. Ich danke Ihnen allen nochmal für Ihre Bereitschaft, dass Sie hier als Experten mit uns in den Dialog treten und uns aufzeigen, was Sie der Politik vorschlagen und uns Ihre Ideen mitteilen.

Meine Damen und Herren Sachverständige, einige von Ihnen haben uns auch schon im Vorfeld Informationen zugeschickt, auch dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken (Anlage 1, 2 und 3).

Ich bitte Sie nun in alphabetischer Reihenfolge jeweils um ein kurzes einführendes Statement. Bitte stellen Sie gerne ein oder zwei Punkte heraus, die Ihnen ganz besonders wichtig sind. Sie sind informiert worden, dass jeder von Ihnen dafür drei Minuten Zeit hat, damit noch genug Zeit vorhanden ist, um anschließend in eine Aussprache zu gehen und auch die Möglichkeit gegeben ist, Fragen zu stellen.

Noch ein Hinweis, da wir ein Protokoll zu dieser Sitzung erstellen, wird die Anhörung aufgenommen. Das für Sie zur Information.

Frau Budde von der Allianz selbstständiger Reiseunternehmen - Bundesverband e.V. (asr), Sie haben das Wort, bitte schön.

**Anke Budde** (asr): Vielen Dank für die Einladung. Die Zukunft der Tourismuswirtschaft hat sich in den letzten Wochen aufgrund der Ausbreitung des Corona Virus, insbesondere durch die damit einhergehenden Beschränkungen des weltweiten Reiseverkehrs, stark verändert. Die Auswirkungen auf die Tourismuswirtschaft sind existenzbedrohend. Bereits mehr als 3000 Touristiker haben bei mittelständischen Reiseveranstaltern und Reisebüros ihren Arbeitsplatz durch Insolvenzen und Entlassungen verloren. Die Krise trifft vor allem kleine und mittelständische Reiseunternehmen. In normalen Zeiten hätten wir bei Überlegungen zur Zukunft des Tourismus über folgende



Themen debattiert: Evaluierung der Pauschalreise-richtlinie, Insolvenzabsicherung für Pauschalreisen, Insolvenzabsicherung für Airlines, Abbau der überbordenden Bürokratie, wettbewerbsverzerrende Vorgaben, die es dem Mittelstand oft schwer machen, sich gegen die Konzerne und Großunternehmen zu etablieren. Mit Corona sind diese Themen nicht minder relevant. Jedoch haben uns die letzten Wochen gezeigt, wo die aktuellen Lücken in der Gesetzgebung liegen und dass es den Blick in die Zukunft nur geben kann, wenn wir uns kritisch mit der Hauptursache der aktuellen wirtschaftlichen Probleme der Touristik befassen. Sie haben heute auf der Demonstration eindrucksvoll von der Basis gezeigt bekommen, wo die Probleme und Sorgen liegen, warum die bisher geschaffenen Hilfsmaßnahmen an der Branche vorbeigehen. Die Reisebranche mit ihren 11 000 Reisebüros, 3000 Reiseveranstaltern ist am härtesten von der Krise betroffen. Die Reisebranche ist die einzige Branche, die per Gesetz verpflichtet ist, über Monate unentgeltlich zu arbeiten aufgrund eines Umstands, den sie nicht zu vertreten hat. Denn §651 h BGB zwingt uns, alle Reisen für die vom Gesetzgeber beschlossenen Reisebeschränkungen im Zeitraum 15.3. bis 14.6. zu stornieren und alle daraus erhaltenen Einnahmen zurückzuzahlen. Für viele Zielgebiete auch noch weit über den 14.6. hinaus. Kurzarbeit ist daher nur sehr eingeschränkt möglich, weil die Mitarbeiter für die Rückabwicklung zwingend gebraucht werden. Die Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen, dass die Reisebüros ihre Provision erhalten, dass Reiseveranstalter ihre Rückzahlungsverpflichtung erledigen können. Im Ergebnis ist nicht einmal mehr jedes dritte touristische Unternehmen zuversichtlich, am Jahresende 2020 noch zu bestehen. Zudem trifft diese Entwicklung vor allem Frauen, junge Arbeitnehmer und Tausende von angehenden Auszubildenden, die nun auf der Straße stehen. Ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft und unser Wertesystem.

Am Anfang gab es Möglichkeiten durch Handeln den Kollaps in der Tourismuswirtschaft zu verhindern. Zwei Chancen hat die Politik verpasst, das Moratorium für die Rückzahlungsverpflichtungen kam ebenso wenig wie der verpflichtende Gutschein. Beides hätte mit etwas mehr Mut aus der Politik, Veranstaltern und Reisebüros erlaubt, mit-

telfristig ihren Verpflichtungen gegenüber den Verbrauchern nachzukommen. Eine optionale Gutscheinlösung gab es vorher. Dazu bedurfte es keiner wochenlangen Rückversicherung und Abstimmung in Brüssel. Einzig eine verpflichtende Gutscheinlösung nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten, inklusive der staatlich garantierten Insolvenzabsicherung wäre hier zielführend gewesen. Das zögerliche Handeln in Berlin und der Druck der Verbraucherschutzverbände lassen die Akzeptanz der Gutscheinlösung bei den Kunden ohnehin schwinden, denn daran hätte nur ein beherztes Reagieren der Politik etwas ändern können.

Jetzt bleiben uns noch zwei Optionen, die beide gemeinsam und umgehend umgesetzt werden müssen, um ein Massensterben der touristischen Unternehmen zu verhindern. Erstens der Fonds, der durch die Auslagerung der Forderungen die Liquidität in der Branche sicherstellt. Zweitens finanzielle Direkthilfen, die die ausgefallenen Provisionen der Reisebüros und die Erträge der Veranstalter wenigstens zu einem kleinen Teil kompensieren können, denn seit Monaten und auch auf Monate hinaus erzielen wir keinerlei Einnahmen. Das gilt auch für die Unternehmensgehälter. Nur so kann zumindest ein Teil der wirtschaftlich gesunden Unternehmen überleben.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen herzlichen Dank Frau Budde, Sie haben die Zeit gut eingehalten. Danke sehr. Dann darf ich als nächstes Herrn Buller vom Verband Internet Reisevertrieb e.V. (VIR) das Wort erteilen, bitte schön.

**Michael Buller** (VIR): Vielen Dank dafür, dass wir eingeladen wurden. Das Thema war Zukunft der Tourismuswirtschaft. Leider müssen wir uns auch mit der aktuellen Situation beschäftigen. Da habe ich zwei Punkte dabei, die wir jetzt endlich lösen müssen. Auf der einen Seite ist es das Thema Beihilfen. Wir haben die Ankündigung der Beihilfen für den Mittelstand, was jetzt kommen soll. Es gibt leider nur Eckpunkte und dass es im Juni entschieden werden soll. Das würde bedeuten, dass die Industrie noch einen Monat ausharren muss bis sie möglicherweise im Juni Anträge dafür stellen muss. Das Thema brennt wirklich und wir brau-



chen die Beihilfen jetzt. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass seit Ende Februar eigentlich der Zusammenbruch der Buchungen da ist.

Das zweite Thema ist die Rückzahlungsverpflichtungen wie Frau Budde eben schon gesagt hat. Wir haben viel zu viel Zeit für eine der Lösungen, die auf dem Tisch lag, verbraucht. Ich glaube, dass alle Verbände inzwischen das Thema Fonds bringen. Wichtig ist mir dabei, dass wir nicht nur einzelne retten, sondern dass wir die Touristik als Ganzes retten. Das heißt, dort müssen eben auch alle Einzelleistungen rein, ob das jetzt Flug ist, ob das Camping ist, Hotel oder Ferienhäuser, all diese Produkte gehören dazu und auch all diese Unternehmen haben in unterschiedlichen Formen Anzahlungen in die Destinationen geleistet. Der Car Rental Broker zum Beispiel zahlt seinem Autovermieter vorab Geld, damit die sich eine Flotte kaufen können, auch der hat Rückzahlungsverpflichtungen und hat Geld in den Destinationen liegen. Also die Situation ist bei denen genauso.

Wir haben vier Zukunftsthemen, um die wir uns kümmern müssen. Das eine ist natürlich die neue Kundengeldabsicherung. Ich glaube, die Situation, die wir jetzt mit Corona erlebt haben ist eine komplett neu einzuschätzende Situation. Das heißt, die Vorschläge, die vorher da waren, werden so vermutlich nicht mehr funktionieren. Ich denke, wir müssen darüber diskutieren, dass die Einzelleistungen dort reinmüssen, insbesondere die Airlines. Es gab in den letzten Jahren so viele Insolvenzen und ehrlich gesagt die Branche hat mit Schrecken die Diskussion mancher Airline mitbekommen, die mit Insolvenz gedroht hatte, das hätte den einen oder anderen erst recht mit in den Abgrund gerissen. Deswegen müssen wir, wenn wir eine neue Insolvenzabsicherung machen, auch drüber nachdenken, wie wir die dort hineinbekommen. Da muss man auch darüber nachdenken, dass man alle Airlines, die hier abfliegen und ankommen und Kundengelder kassieren mit reinnehmen, damit auch keine Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der Airline-Landschaft stattfinden.

Das zweite Thema ist die Überarbeitung der Pauschalreiserichtlinie. Ich glaube, wir müssen

ernsthaft diskutieren, wie wir eben einen Pandemiefall, der nie in dieser Pauschalreiserichtlinie vorkam, dort hineinarbeiten.

Das ist so eine außergewöhnliche Situation, da gibt es eben Dinge wie: Was machen wir in so einem Fall mit den Kundengeldern? Was passiert mit den nicht mehr vorhandenen Erträgen? Das muss in so eine Pauschalreiserichtlinie rein.

Der dritte Punkt ist Digitalisierung. Ich glaube wir haben erlebt, wie wichtig die Digitalisierung in so einer Phase ist. Das heißt, wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Digitalisierung extrem fördern, wir müssen schauen, wie wir es in die Ausbildung reinbringen.

Bei den touristischen Start-ups, das ist mein vierter Punkt, müssen wir eben genauso schauen. Es gibt jetzt eben Gott sei Dank den neuen Topf, der dafür geflutet worden ist. Da sind die Details noch nicht klar und da ist es wichtig, dass möglichst schnell klar wird wie dieser Topf dann am Ende in der Säule 2 funktioniert. Das wäre es von meiner Seite.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen herzlichen Dank. Als nächstes Herr Benedikt Esser vom Internationalen Bustouristik Verband - RDA. Bitte schön.

**Benedikt Esser** (RDA): Vielen Dank für die Einladung, ich komme faktisch von der Straße. Wir haben heute zusammen mit dem Bundesverband deutscher Omnibusunternehmer, mit den Landesverbänden in verschiedenen Städten und auch der Gütegemeinschaft Buskomfort in Berlin demonstriert.

Die Busverbände sind sich hier komplett einig, wir haben eine bitterernste Notstandslage in der deutschen Bus- und Gruppentouristik. Das müssen Sie sich bitte klar machen. Wir sind jetzt hier nicht an einem Punkt, an dem wir noch warten können, es bricht jetzt schlicht zusammen und das ist keine Ankündigung mehr, auf die nichts folgt, sondern es folgt dann auch und dann ist es nicht mehr zu halten.



Wir haben ein Verbot von Busreisen. Dieses Verbot führt dazu, dass wir keine Umsätze haben. Seit Anfang März haben wir keine Umsätze, aber wir haben die laufenden Fixkosten für unsere Fahrzeuge, für unsere Gewerbemieten, für unsere Reisebüros, für unsere Betriebshöfe, wir sind häufig auf dem Land mit riesigen Flächen. Diese Stillstandskosten erdrücken die Betriebe, egal ob die einen KfW Kredit bekommen haben oder nicht, egal ob die einen Schnellkredit bekommen haben oder nicht. Das Geld ist weg. Wenn Sie sich mal bitte so einen Reisebus vorstellen, der kostet in etwa 300 000 bis 500 000 Euro und den muss man mit 6000 bis 8000 Euro im Monat bedienen. Wenn Sie, wie viele unserer Unternehmen, 10 bis 40 Busse in der Halle haben und man Ihnen das Geschäft verbietet, dann ist das schlicht der Zwang in die Insolvenz. Das muss jedem klar sein. Das führt bei uns zu Insolvenzen, zu Betriebsschließungen, wir haben das alles jetzt schon. Deshalb gehen die Menschen auf die Straße, protestieren für ihr Recht. Das sind Familienunternehmen, das ist dritte, vierte, fünfte Generation, 150 Jahre alt. Das sind traditionelle Betriebe.

Was wir fordern sind Überbrückungshilfen für die Fixkosten, so dass wir eben die Finanzierungskosten, Mieten und alles, was wir nicht mehr abstellen können, dass wir dafür Hilfen bekommen. Das muss sehr schnell gehen, bei hundert Prozent Umsatzausfall, einem Berufsverbot geht es sonst einfach in die Insolvenz, das muss jedem klar sein. Dafür bitte ich jetzt wirklich um Verständnis und auch um schnelle Umsetzung, machen Sie Druck in den Fraktionen, parteiübergreifend, sonst bricht das hier alles zusammen. Der Reisebus ist systemrelevant gerade im Klimaschutz. Sie kennen alle die Daten, Sie wissen welche Leistung wir auf die Straße bringen, das ist nicht mehr von uns alleine zu schaffen, wir brauchen jetzt Hilfe.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Herr Esser, dann gebe ich jetzt das Wort an Herrn Frank Hakelberg vom Deutschen Schaustellerbund e.V. (DSB).

**Frank Hakelberg** (DSB): Vielen Dank. Der Deutsche Schaustellerbund steht für etwa 5000 Schaustellerunternehmen in Deutschland, die fast 10 000

Volksfeste veranstalten, vom kleinen Schützenfest bis hin zum weltbekannten Münchener Oktoberfest. Keines dieser Feste wird 2020 stattfinden, alle Feste sind abgesagt worden bis mindestens August 2020, die ersten Herbstvolksfeste sind auch schon gefallen. Sie wissen, das Münchener Oktoberfest ist abgesagt worden. Das hat einen Dominoeffekt ausgelöst, so dass wir schon weit im Herbst mit den Absagen stehen. Damit steht auch zu befürchten, dass die Weihnachtsmärkte möglicherweise auch nicht stattfinden können. Wenn das so wahr wird, dann hatten wir die letzten Einnahmen im Dezember vergangenen Jahres erzielt und würden die nächsten Einnahmen erst, wenn es denn einen Impfstoff gibt, im Frühjahr nächsten Jahres erzielen. Das heißt mindestens 15 Monate wären sie vom Netz abgeschnitten. Das ist jetzt schon eine Art Katastrophe.

Die Corona-Soforthilfe war richtig, die war gut, 9000 oder 15 000 Euro sind bei diesen Betrieben angekommen. Für den Anfang in Ordnung, aber die Signale, die wir jetzt bekommen, dass man darüber nachdenkt ein Corona-Soforthilfe Paket mit weiteren 9000 bis 15 000 Euro, das kann auf keinen Fall ausreichend sein.

Wir stellen fest, dass das Bundeswirtschaftsministerium die Branche falsch einschätzt. Man stellt sich vor, dass die Kirmes aus lauter Kleinbetrieben besteht, die auch mal ein Jahr aussetzen könnten und die Betreiber dann von der Grundhilfe leben könnten. Das ist nicht so, ich erinnere hier an die großen kapitalintensiven Betriebe, die Sie alle kennen: die Achterbahn, das Riesenrad, die Wasserbahn, der große Ausschankbetrieb, Süßwaren und ähnliches. Das sind Betriebe, die kosten Hunderttausende oder gar Millionen von Euro. Ich stimme mit dem Vorredner überein, der über die Busse referiert hat. Hier gibt es eine große Verpflichtung diese Investitionen abzubezahlen, wir reden hier auch über Verpflichtungen von 15 000, manchmal sogar 20 000 Euro im Monat, die bedient werden müssen. Wenn das nicht unterstützt werden kann, wenn es hier keine Zuschüsse gibt, dann wird es diese Geschäfte im nächsten Jahr nicht mehr geben und keiner will eine Kirmes, die nur noch aus Ausschank, Crêpes und Mandeln besteht. Die Zugpferde dieser Veranstaltungen müssen erhalten bleiben, sonst gibt es das Volksfest, so



wie wir es alle kennen, im Jahre 2021 nicht mehr. Wir haben einen Rettungsschirm beantragt, der sich an dem Bedarf dieser Betriebe orientiert, wir haben nicht einfach nur die Gießkanne beantragt und hoffen jetzt sehr, dass es positive Signale gibt.

Aus dem Bundesgesundheitsministerium gab es ein Statement, das die Branche sehr erzürnt hat. Es hieß, dass die Volksfeste als allerletztes wieder ans Netz gehen würden, sie seien auch am verzichtbarsten. Bitte stellen Sie sich das mal vor, wie das bei 5000 Schaustellerunternehmen ankommt, die in der vierten, fünften oder sechsten Generation dieses Metier bedienen. Das ist ein Kultursektor, der seit 1200 Jahren besteht, hier entsteht gerade großer Unmut. Parallel dürfen Freizeitparks öffnen, hier kann Achterbahn gefahren werden, bei uns nicht. Hier gibt es also eine wachsende Missstimmung, es ist große Eile geboten und wir hoffen auf die nächsten 1 bis 2 Wochen.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen herzlichen Dank Herr Hakelberg für Ihr Statement. Als nächstes darf ich Herrn Jörn Holtmeier vom Ausstellungs- und Messe-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (AUMA) das Wort erteilen. Bitte schön.

**Jörn Holtmeier** (AUMA): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit hier zu sprechen. Sicherlich sind Messen im eigentlichen Sinne keine touristischen Veranstaltungen, sondern dienen vor allem dem geschäftlichen Zweck, aber wir sind doch auch mit vielen Akteuren aus dem Ökosystem Messe verbunden, gerade was Hotellerie, was Transport und Logistik angeht, was Messedienstleister betrifft und das ist auch mein Punkt, über den ich hier heute sehr gerne sprechen würde.

Wir als deutsche Messewirtschaft unterstützen natürlich alle Maßnahmen, die zum Thema Gesundheitsschutz auch ergriffen worden sind. Wir begrüßen aber auch, dass es jetzt in der Verantwortung der einzelnen Bundesländer liegt, Messen demnächst wieder unter Einhaltung von Abstands- und Hygienekonzepten abzuhalten und durch-

zuführen. Das ist für uns und gerade für die ausstellenden Unternehmen ein sehr wichtiges Signal.

Deutschland ist das Messeland Nummer 1 weltweit. Wir erwirtschaften über 28 Milliarden Euro volkswirtschaftlichen Beitrag pro Jahr. Zwei Drittel aller Weltleitmessen finden in unserem Land statt und über 230 000 Beschäftigte sind davon direkt betroffen. Es wurde eben schon über Null-Umsätze gesprochen. Wir zählen auch zu der Branche, in der das Thema Null-Umsätze seit Anfang März gegeben ist, weil ab diesem Zeitpunkt keine Messen mehr stattgefunden haben.

Wir haben mit dem ifo Institut berechnet, was das für einen volkswirtschaftlichen Schaden ausmacht und da sind wir jetzt schon bei über 12 Milliarden Euro. Wir haben über 100 000 akut gefährdete Arbeitsplätze alleine im Ökosystem Messe. Deshalb ist es auch für uns sehr wichtig und deswegen hat gerade der Geschäftsreiseturismus für uns eine hohe Relevanz, dass die Kapazitäten, dass die Strukturen erhalten bleiben. Wir haben circa 5 Millionen Fachbesucher in Deutschland und über 45 Prozent von denen nächtigen zwei oder mehr Tage an Messestandorten, gehen dort ins Restaurant, tätigen Einkäufe im Einzelhandel, nutzen Verkehrsbeförderungssysteme. Hinzu kommen mehrere 100 000 Menschen Stammpersonal, das ist ein riesiges Wirtschaftsunternehmen das Ökosystem Messe.

Die Wirtschaft braucht die Messen, wir leisten einen überproportionalen Beitrag zur Konjunkturerholung und sicherlich auch einen starken regionalen Impuls für die Wirtschaft in der Region.

Was uns wichtig ist mit Blick auf den Herbst, wenn wir hoffentlich wieder neu starten, ist auf jeden Fall das Thema Geschäftsreiseverkehr in der EU, der Abbau der Quarantäneregulungen auch mit Blick auf den internationalen Verkehr, ein funktionierender Flugverkehr. Weiter begrüßen wir es sehr, dass es jetzt die Überlegung gibt, auch Kompensationsausfälle beim Umsatz zu ermöglichen. Dazu gibt es das schon angesprochene Eckpunktepapier, das unterstützen wir ausdrücklich und wir sollten zusammen mit Bund und Ländern darüber nachdenken, welche finanziellen Anreize es für





ausstellende Unternehmen geben kann. Wir befinden uns in einem internationalen Wettbewerb. Es gibt internationale Messestandorte, die bereits belohnen, wenn man an ihren Messeplätzen ausstellt. Das sollten wir auch hier vielleicht überlegen und das wäre für mich das Petitum in dieser Runde, ich freue mich auf die Diskussion.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Herr Holtmeier für das Eingangsstatement. Dann darf ich als nächstes Herrn Dirk Inger aufrufen vom Deutschen Reiseverband (DRV). Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Dirk Inger** (DRV): Vielen Dank Herr Vorsitzender, ich würde gerne mit Ihnen in die Lösungen einsteigen, die wir haben. Die Probleme sind von den Kollegen hinreichend klar und deutlich beschrieben worden.

Im Wesentlichen sind es zwei Dinge. Wir müssen das Gesamtsystem retten wie Michael Buller gesagt hat, wir müssen also einerseits die Liquidität sicherstellen im gesamten Reisesystem. Das zweite ist, wir müssen die Strukturen sichern.

Um die Liquidität zu sichern, hat es jetzt einen sehr kleinen Beschluss der Bundesregierung gegeben, nämlich freiwillige Gutscheine einzuführen. Das ist ein sehr später Beschluss und dadurch, dass die Gutscheine freiwillig sind, hilft der auch nur sehr wenig. Die Akzeptanz der Kunden ist sehr gering, 10 bis 20 Prozent, ein winziger Baustein, aber die wesentlichen Aufgaben sind nicht gelöst.

Erstens, wir brauchen um die Liquidität aufrechtzuerhalten, einen Kreditfonds an den Reiseveranstalter die Kundengeldzahlungen auslagern können und Reisebüros ihre Provisionen. Da geht es zwar um einen Kredit, der zurückgezahlt werden muss, aber das sorgt zunächst dafür, dass die Liquidität in der Wirtschaft sichergestellt werden kann. Das bedeutet, dass der Verbraucher, der Kunde sehr schnell seine Anzahlung zurückbekommt und es sorgt dafür, dass das Reisebüro, das volle Arbeit geleistet hat, seine Provision dorthin auslagern kann. Das kann man wie bei einem KfW Kredit mit

entsprechenden Rückzahlungsbedingungen versehen. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist, wir müssen die Strukturen der Reisewirtschaft insgesamt sichern. Wenn wir das tun wollen heißt das, dass wir über Zuschüsse reden müssen. Wir haben berechnet, was das für Reisebüros und Reiseveranstalter bedeuten würde und kommen auf monatliche Zahlungen in Höhe von 140 Millionen Euro für Reisebüros und 120 Millionen für Reiseveranstalter. Das ist also nicht entgangener Unternehmensgewinn, sondern das ist das Minimum, das wir brauchen, um die Strukturen zu sichern. Das ist eine wesentliche Aufgabe.

Die Branche ist ein Patient mit einem Herzinfarkt und wir stellen fest, dass ihm nicht schnell geholfen wird, sondern dass hier eine politisch unterlassene Hilfeleistung vorliegt. Das heißt, es gibt hier den klaren Appell an die Bundesregierung zu handeln, es gibt Vorschläge aus dem Hause Altmaier, aus dem Wirtschaftsministerium, wir unterstützen das sehr, haben daran auch intensiv mitgearbeitet und erwarten jetzt von der Bundesregierung, dass dies auch durchgesetzt wird in der Koalition, das würde sehr helfen.

Wir brauchen das vor allen Dingen damit, wenn das Reisen langsam wieder losgeht, wir tatsächlich die Strukturen auch noch vorfinden im Reisebürobereich mit 11 000 Reisebüros und 2300 Reiseveranstaltern. Das sind alles mittelständische Unternehmen und diese Strukturen müssen wir als Gesamtsystem sichern. Dazu gehört auch, dass die Airlines die Tickets zurückerstatten, denn viele unserer Unternehmen warten selbst auf die Rückzahlung von Airlines und erhalten von Leistungsträgern wiederum Gutscheine, weil in anderen europäischen Ländern, beispielsweise in Frankreich und Italien verpflichtende Gutscheinregelungen beschlossen worden sind und unsere Reiseunternehmen kein Geld zurückerhalten, sondern Gutscheine von Airlines und Gutscheine von entsprechenden Hoteliers, das ist natürlich nicht akzeptabel.



Also, Liquidität sicherstellen und Strukturen sichern, das sind unsere beiden sehr dringenden Bitten an die Bundesregierung und die Bitte um Unterstützung aus dem Parlament.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke Herr Inger. Als nächstes darf ich das Wort Herrn Norbert Kunz vom Deutschen Tourismusverband (DTV) erteilen.

**Norbert Kunz** (DTV): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Liebe Abgeordnete, liebe Gäste, liebe Kollegen, erst mal ist es gut, dass Sie eingeladen haben. Tourismus ist eine nationale Aufgabe in Deutschland und nicht nur Aufgabe in Bund und Ländern. Ich finde es deswegen gut, vielen Dank dafür. Der Bundestag und Sie als Abgeordnete müssen sich in dieser Krise Ihrer Verantwortung auch stellen und auch die Weichen richtig stellen.

Worum geht es aus Sicht des Deutschen Tourismusverbandes? Wir haben drei Kernaufgaben identifiziert. Das eine ist die Rettung der Tourismusakteure, wir haben viel davon gehört. Zweitens die Stabilisierung in der Anlaufphase. Drittens Investition und Innovation.

Zum ersten, wir fordern seit langem einen wirksamen Rettungsschirm für den Deutschlandtourismus, dazu gehören in erster Linie echte Zuschüsse durch den Bund für alle bedrohten Tourismusakteure. Dazu gehört natürlich, dass Sie dabei die Vielfalt des Deutschlandtourismus nicht vernachlässigen. Einige Kolleginnen und Kollegen sind heute dabei, ich erinnere aber auch zusätzlich an die Tourismusvereine in den Regionen, an die kleinen Privatvermieter oder den Urlaub auf dem Bauernhof, die Jugendherbergen, die Reisebusse, die Bustouristik, den Städtetourismus, die Anbieter von Messen, Tagungen, Schausteller, Gästeführer, Kultureinrichtungen, Burgen, Denkmäler, Ausflugsschiffe, private Eisenbahn und vieles mehr. Sie alle sind betroffen und befinden sich vielfach in existenziellen Nöten.

Zweitens, unterstützen Sie den Deutschlandtourismus in der Stabilisierungsphase, sorgen Sie auch hier für ein koordiniertes Vorgehen von Bund und

Ländern. Kümmern Sie sich bei der Wiederzulassung des Tourismus darum, dass es bundesweit zumindest einheitliche Kernstandards für Abstands- und Hygieneregeln gibt.

Warum dürfen in eine Ferienwohnung zum Beispiel nicht drei Freunde reisen, wenn ein Flugzeug vollständig ausgelastet sein kann? Wie erklären Sie einem Unternehmen, dass es mit seinen 22 Mitarbeitern keine Klausur durchführen kann, während in unseren Fußballstadien regelmäßig 22 Spieler auf dem Platz stehen? Warum kann am Pfingstwochenende in Mecklenburg-Vorpommern ein Hotelier sein Haus nur zu 60 Prozent auslasten, während nebenan in Schleswig-Holstein keine Quoten vorhanden sind? Kurzum, wir haben in Deutschland zusätzlich zu den Problemen, die meine Kollegen beschrieben haben, extreme Rechtsunsicherheiten, sowohl bei den touristischen Anbietern, aber auch gerade bei den Gästen.

Unterstützen Sie deshalb einen Rettungsschirm für die Kommunen zusätzlich, ohne zusätzliche kommunale Finanzkraft kein Tourismus in unseren Städten und Gemeinden. Gerade die Kommunen sind dafür da, um für gleichwertige Lebensverhältnisse in unserem Land zu sorgen. Kümmern Sie sich um Bildung und Ausbildung, für die Fach- und Spitzenkräfte von morgen. Setzen Sie sich auf EU-Ebene für einen geordneten Neustart des Tourismus ein, unterstützen Sie unsere Forderung nach einem eigenen Tourismusbudget im kommenden EU Haushalt.

Drittens, geben Sie Anreize für Investition und Innovation, legen Sie ein Investitionsförderprogramm Deutschlandtourismus für die Tourismusbetriebe auf. Verdoppeln Sie gerade für die strukturschwachen Regionen die Mittel in der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und kümmern Sie sich um Innovationen speziell für den Tourismus.

Mein letzter Punkt, führen Sie vor allem die nationale Tourismusstrategie zügig zum Erfolg, gerade vor dem Hintergrund der Corona Krise ein ganz wichtiges Vorhaben, verankern Sie dort konkrete Maßnahmen für den Deutschlandtourismus. Die Branche ist groß, wir sind heute hier



11 Akteure, wir stehen alle geschlossen, auch wenn wir als Verbände alle unterschiedliche Punkte ansprechen, aber der Deutschlandtourismus ist mindestens genauso wichtig wie die Automobilindustrie, das wollte ich nochmal sagen.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Herr Kunz, da haben Sie vollkommen Recht. Das wird Ihnen auch der ganze Ausschuss bestätigen. Vielen Dank dafür. Als nächstes darf ich das Wort Frau Marija Linnhoff vom Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros e.V. (VUSR) übergeben.

**Marija Linnhoff** (VUSR): Vielen Dank Herr Münzenmaier für die Einladung. Ich hätte mir gewünscht, dass so eine Anhörung schon viel früher stattgefunden hätte. Ich finde sie recht spät, warum auch immer das passiert ist. Ich will mich meinen Vorrednern anschließen, da gibt es nichts hinzuzufügen. Sie haben alle ihre Einlassungen gehört, man muss das nicht wiederholen.

Ich als Vertreterin der Reisebüros habe zwei Kernpunkte. Das sind einmal die Provisionen und einmal die Wertschätzung der Dienstleistung, die wir für Veranstalter erbringen. Ich nenne jetzt mal die TUI, nicht weil sie Marktführer sind sondern, als Beispiel. Wir machen die Arbeit, wo die sich weggeduckt haben. Sie wissen, wir brauchen Geld, das eint uns tatsächlich alle. Es ist nicht 5 vor 12, es ist Viertel nach 12. Dass man dieses tote Pferd Zwangsgutscheine so lange geritten hat, da gebe ich nicht nur die Kritik an die Bundesregierung ab, sondern das hat mehrere Komponenten, darüber braucht man sich auch nicht mehr zu unterhalten.

Der Rettungsfonds ist hier jetzt mehrfach angesprochen worden ist, das Eckpunktepapier liegt vor. Die Soforthilfen finde ich gut. Ich kann Ihnen nur sagen, kommt der Rettungsfonds innerhalb der nächsten zwei Wochen nicht, dann Gnade Ihnen Gott. Das kann ich Ihnen nur sagen und das meine ich tatsächlich Ernst. Wir haben - und das müssen Sie sich klarmachen - bereits Suizide in der Branche und diese Verantwortung sollten Sie sich nicht auf Ihre Schultern laden, denn das hätten Sie alles verhindern können. Das muss man mal klar sagen, das zum Ersten.

Zum Zweiten fordere ich ganz klar, dass dieser Fonds und diese Rettungspakete für die kompletten Strukturen der Branche gelten müssen, wobei ich explizit die Provisionen der Reisebüros einschließe.

Mittlerweile ist es so, dass wir sagen, Soforthilfen sind die eine Sache, aber wir haben unseren Umsatz bereits vor dem 17. März verloren. Wir haben keine Neueinnahmen, wir bilden da echt eine Ausnahme. Da bitte ich Sie für zu sorgen, das muss passieren und Sie haben keine Zeit mehr. Das muss man auch mal sehen. Es kann nicht so lange dauern, Sie haben schließlich wunderbare Rahmenbedingungen geschaffen innerhalb von 5-6 Tagen am Beginn der Corona-Krise.

Jetzt muss das bitte auch weitergehen und Sie haben hier maximal und das ist auch kein Spruch und das ist auch keine Drohung, Sie haben noch maximal 10 Tage! Wir haben keine Zeit mehr, sonst drohen nicht nur Insolvenzen, sondern schlimmeres. Machen Sie sich das klar, Sie haben eine Verantwortung.

Jetzt kommt mein Appell, mir ist das völlig egal, ob das die Koalition macht oder die Opposition: gehen Sie zu Herrn Scholz! Das scheint doch derjenige zu sein, der das Geld nicht rausrücken will. Was ist los mit dem Mann? Es tut mir leid, die TUI soll gerettet werden und hat innerhalb von 24 Stunden 1,8 Milliarden Euro erhalten. Das soll so sein, aber das fordere ich jetzt auch für den Rest der Tourismusbranche! Alles andere haben Sie vorliegen, Sie müssen jetzt einfach nur noch etwas tun. 10 Tage, meine Damen und Herren!

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Frau Linnhoff, dann darf ich als nächstes das Wort Herrn Rabe vom Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) erteilen.

**Michael Rabe** (BTW): Vielen Dank Herr Münzenmaier, sehr geehrte Damen und Herren. Im Wesentlichen sind alle Punkte, die die Situation beschreiben, genannt worden. Ich möchte den drastischen Formulierungen von Frau Linnhoff noch ein paar Zahlen hinzufügen.



Wir reden von über 3 Millionen Arbeitnehmern, überwiegend im geringqualifizierten Bereich, im Niedriglohnbereich, die derzeit in über einer Million Fällen in Kurzarbeit sind. Es ist nur eine Frage der Zeit bis aus Kurzarbeit Arbeitslosigkeit wird und das vor dem Hintergrund der geschilderten bedrohlichen Lage vieler Unternehmen, die im Moment gar keinen Umsatz machen oder jetzt durch Auflagen nur drastisch reduzierte Umsatzchancen haben. Das heißt, die Rückkehrmöglichkeiten von derzeit in Kurzarbeit befindlichen Arbeitnehmern in ihre alten Unternehmen sind mehr als nur in Frage gestellt. Die Lage ist höchst bedrohlich. Wir haben dazu eine Studie des Institutes der Wirtschaft vorgelegt, das ist den meisten Personen in dieser Runde auch bekannt. Diese Studie beschreibt Szenarien für den Rest des Jahres nach Umfragen mit Branchenverbänden. Wir müssen im Best Case von Umsatzrückgängen von 40 Prozent, im Worst Case von 60 Prozent und in Teilbranchen noch mit deutlich höheren Verlusten rechnen. Das heißt, bei gleichen Fixkosten können auch diese die Verbindlichkeiten, die sie haben und aufgenommen haben nicht darstellen, sondern sie erhöhen sich sogar noch und das mündet in der drastischen Forderung, die von allen meinen Vorrednern angesprochen wurden.

Dieses Paket darf nicht an irgendwelchen Arbeitnehmerzahlen festgemacht werden, darf nicht vor arbeitnehmerintensiven Industrien halt machen, sondern muss den gesamten Mittelstand abdecken. Dieses Hilfspaket muss unbürokratisch geschehen: Das heißt monatliche, dezentral durch die Bundesländer agierende Bewilligungsstrukturen halte ich nicht für zielführend. Es ist aus der Branche schon der Vorschlag gemacht worden, auch unsere beauftragte Studie wählt diesen Weg, es ist wirklich Druck zu machen auf die Finanzbehörden, die das ohnehin am Ende abrechnen müssten mit den Begünstigten, dass sie von vornherein in die Pflicht genommen werden und auf diese Art und Weise mit den leistungsfähigen Strukturen unserer Finanzverwaltung gewährleistet wird, dass diese so dringend notwendigen Hilfen dann auch wirklich schnell kommen. Über technische Einzelheiten können wir dann gerne in der Folge sprechen. Das wäre meine allgemeine Einführung.

Der zweite Punkt ist, da knüpfe ich an das an, was

Herr Kunz gesagt hatte. Die Vielfalt der Regelungen, die sich aus dem Föderalismusprinzip ableiten, möchte ich nicht grundsätzlich in Frage stellen. Ich möchte aber einfordern, dass der Bund und die Bundesregierung tragenden Parteien darauf hinwirken, dass der Bund seine Leadership in dieser Frage wahrnimmt und schnellstmöglich für verlässliche, transparente Rahmenbedingungen sorgt. Da ist im Moment Stillstand der Rechtspflege und da ist dringender Handlungsbedarf, um einfach ein Klima der Berechenbarkeit für Kunden und für Unternehmer zu schaffen. Das, was da im Rahmen der Bundesregierung möglich ist sollte auch geschehen.

Das Dritte, was ich noch anmerken möchte: incoming und outgoing, alle Formen des Tourismus, die wir vertreten, sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ich halte den Incomingtourismus, auch wenn er im Hinblick auf die noch unsicheren Rahmenbedingungen schwierig anläuft, mindestens genauso wichtig wie den deutschen nationalen Tourismus. Nur beide zusammen können Gewähr bieten, dass wir überhaupt eine Chance haben wirtschaftlich durch diese Krise zu kommen. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank, dann darf ich als nächstes das Wort Herrn Julian Schmitz vom Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) erteilen.

**Julian Schmitz** (DJH): Vielen Dank für die Einladung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wir haben gerade viel über die Vergangenheit gehört und das, was nicht gemacht worden ist. Ich kann mich da meinen Vorrednerinnen und Vorrednern nur anschließen. Wir sprechen über die Zukunft, allerdings muss man auch für einen bestimmten Bereich und zwar für die Bedeutung der Kinder- und Jugendreisen die Vergangenheit kennen. Es geht darum, Strukturen zu sichern, das haben bereits alle angesprochen. Genau darum geht es, Tourismus als zusammenhängenden Organismus zu verstehen. Vor dem Hintergrund der Kinder- und Jugendreisen bedeutet das einen jährlichen Bruttoumsatz von insgesamt 28,2 Milliarden Euro auf dem gesamten deutschen Markt. Hier betreffen gerade das Thema Gruppenreisen, Klassenfahrten



und alle anderen Formen, die momentan wegfallen, existenziell unsere Situation.

Wir haben gemeinsam mit allen anderen gemeinnützigen Trägern von Gruppenunterkünften absolute Existenzprobleme. Denn der Markt für Gruppenreisen, sogenannte verordnete Reisen, ist vollständig zusammengebrochen und wird wohl vor Ende 2021 nicht mehr zurückkommen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben bereits betont, dass wir vor einer wirklich existenziellen Krise stehen. Für das Deutsche Jugendherbergswerk mit über 450 Häusern bedeutet das, dass wir einen Mittelabfluss von 500 000 Euro pro Tag hinnehmen müssen und das Ganze trotz aller Einsparungen und trotz flächendeckender Kurzarbeit nicht kompensieren können.

Wir haben zusammen mit dem Schullandheimverband eine Erhebung initiiert und sind für den gesamten Bereich der gemeinnützigen Kinder- und Jugendunterkünfte auf einen fehlenden Finanzbedarf bei 1700 betroffenen Häusern in Höhe von 1,1 Milliarden Euro gekommen. Vor diesem Hintergrund brauchen wir dringend den auch hier auch schon so oft erwähnten Fonds.

Was die Zukunft betrifft, geht es uns um zwei ganz zentrale Bereiche, das ist einmal die Zusicherung, dass wir heute, morgen und in Zukunft auf dem Markt agieren können. Dazu fordern wir auch, dass weitere Konjunkturprogramme ganz speziell für gemeinnützige Träger und Vereine aufgelegt werden und dass auch entsprechende KfW Richtlinien angepasst werden.

Ein nächster Punkt, das wurde hier auch schon oft angesprochen, man muss den Inlandstourismus beleben, es geht um Urlaubsgutscheine für Familien. Wir möchten vorschlagen, dass wir gemeinsam als Tourismusbranche den Familien die jetzt besonders gebeutelt sind, eine Chance geben zu reisen und schlagen hier einen Gutschein in Höhe von etwa 500 Euro vor. Das von Seiten des DJHs, vielen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme. Jetzt darf ich

noch Herrn Guido Zöllick vom Deutschen Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) das Wort erteilen, bitte schön.

**Guido Zöllick** (DEHOGA): Vielen Dank Herr Münzenmaier. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Vorteil desjenigen, der am Ende spricht ist der, dass fast alle dringenden Appelle schon einmal an Sie gerichtet wurden. Insofern kann ich meinen Vorrednern nur Recht geben. Sowohl die emotionale Betroffenheit haben Sie gespürt als auch die sachliche korrekte Darstellung dessen, was sich bei uns tut.

Das Gastgewerbe ist in gleicher Art und Weise betroffen, wie viele unserer Kollegen das hier schon geschildert haben. Seit Mitte März sind unsere Betriebe in großen Teilen geschlossen, wir haben für den März etwa nur die Hälfte des Umsatzes der Vorjahre gemacht, wir haben für den April etwa 90 Prozent Umsatzeinbrüche gehabt und auch für den Monat Mai sind 75 Prozent Umsatzeinbruch zu verzeichnen gewesen. Wenn man jetzt Stimmen hört wie „Ja ihr habt doch jetzt wieder auf, es geht doch wieder voran,“ dann darf ich Ihnen aus einer aktuellen Umfrage, die wir bei unseren Unternehmern gemacht haben, mitteilen, dass etwa 80 Prozent der Betriebe mit mehr als 20 Prozent Umsatzausfällen aktuell arbeiten und bei 50 Prozent der Betriebe sind diese Einbrüche im Vergleich zum Vorjahr sogar bei 75 Prozent.

Das hat mit den Regelungen zu tun, was Abstände angeht, was Reglementierung angeht, wie viele Betten dürfen überall belegt werden, dass Veranstaltungen gar nicht stattfinden, dass ausländische Touristen überhaupt nicht zu uns kommen und ähnliche Dinge. Es ist also bei weitem nicht so, dass mit Eröffnung der Betriebe auch die wirtschaftliche Kraft zurück ist und wir diese Betriebe so führen können, dass all die Maßnahmen, die im Vorfeld getroffen wurden wir schlussendlich auch wieder finanzieren können.

Die Lage ist dramatisch, das haben wir gehört. Das betrifft die Gastronomie und die Hotellerie in gleichem Maße, es betrifft viele Betriebsteile, die gerne mal vergessen werden, die überhaupt noch keine Aussicht, keine Perspektive haben, wann es denn



weitergeht. Da nenne ich zum Beispiel den Bereich Eventcatering. Wir haben vorhin gehört, dass Großveranstaltungen auf Sicht nicht stattfinden werden, dass Fußballstadien leer bleiben erleben wir leider auch. Das alles hat damit zu tun, dass einzelne Betriebszweige von uns überhaupt ihre Arbeit noch nicht aufnehmen können. Wann Diskotheken ans Netz gehen, da werden Sie mir Recht geben, können wir aktuell nicht einschätzen. Insofern wird es viele Betriebsteile geben, die auch in Zukunft keine absehbare Lösung für ihre Probleme sehen und die wirtschaftliche Not ist extrem groß.

Frau Linnhoff hat zu Recht gesagt, wir haben keine Zeit mehr. Es sind noch maximal zwei Wochen über die wir hier reden, dann bricht nicht nur im Tourismus, dann bricht in ganz vielen gastgewerblichen Betrieben alles zusammen, was man über Generationen aufgebaut hat. Es ist sehr viel mittelständisches Unternehmertum da, es ist sehr viel privat geführtes Risiko da. Alles das geht den Bach runter, wenn wir jetzt nicht ganz schnell helfen. Deswegen unsere Forderung nach dem Rettungsfonds, von dem jetzt Eckpunkte vorliegen, wo ich das Gefühl habe, es geht zwischen den Häusern Bundesfinanzministerium, Bundeswirtschaftsministerium immer hin und her. Jeder hat eine bessere Idee, nur am Ende sollten Sie sich vielleicht mal das zu Gemüte führen, was wir als Betroffene dazu gesagt haben. Es gibt verschiedenste Vorschläge wie man sowas ausrichten kann, das ist heute schon mal gefallen.

Es ist wichtig, dass das Ganze schnell kommt, es ist wichtig, dass das Ganze unbürokratisch kommt und dass wir nicht mit der Beantragung, mit der Beurteilung dessen, ob es wirklich Not tut und mit dem wann das Geld ausgezahlt wird in den August oder Juli hineingehen. Wir brauchen im Juni spätestens dieses Geld in den Betrieben, es muss eine direkte finanzielle Unterstützung sein, andere Länder machen uns das vor wie sowas aussehen kann. Wir sollten uns das auch ein bisschen als Vorbild nehmen wie Österreich das gelöst hat. Auch was die Größenordnung angeht. Es ist doch lächerlich über was wir hier in Deutschland diskutieren, wenn es um den Tourismus geht. Wir brauchen deutlich mehr Unterstützung, wir brauchen wesentlich mehr Anerkennung und Wertschätzung und das haben unsere Mitarbeiter und Betriebe

allemaal verdient.

Deswegen bitte ich Sie als Ausschuss im Bundestag entsprechend auch Ihre Stimme zu erheben und dafür zu sorgen, dass dieser Rettungsfonds entsprechend ausgestaltet wird und dass er großen wie kleinen Unternehmen hilft, denn wir können doch nicht davon ausgehen, dass ein größerer Betrieb weniger betroffen ist als ein kleinerer. Das Geschäftsmodell ist in allen Fällen das Gleiche und die Umsatzausfälle sind auch in allen Fällen gleichermaßen. Insoweit keine Größenordnung beschränken, auch über 249 Mitarbeiter muss ein solcher Rettungsfond ausgestaltet sein und das Ganze muss dramatisch schnell kommen. Ansonsten werden wir eine Pleitewelle erleben wie wir sie bei uns in Deutschland im Gastgewerbe noch nie gehabt haben.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Ich danke Ihnen, Herr Zöllick und allen anderen Sachverständigen für diese informativen und auch emotionalen Ausführungen.

Ich schlage vor, ich rufe die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen nach Fraktionsgröße auf und bitte die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, dass Sie jeweils zwei Fragen in der ersten Runde stellen und nach Möglichkeit die Sachverständigen benennen, an die sich Ihre konkreten Fragen richten.

Wenn die erste Fragerunde beendet ist, würde ich dann die Sachverständigen wieder in alphabetischer Reihenfolge aufrufen und darum bitten, die an sich gerichteten Fragen zu beantworten.

Dann können wir im Anschluss gerne die zweite Fragerunde aufrufen, in der auch weitere Mitglieder des Ausschusses Fragen stellen können. Soweit zum organisatorischen Ablauf.

Dann beginnen wir mit der CDU/CSU-Fraktion und ich darf Herrn Lehrieder das Wort erteilen, bitte schön.



Abg. **Paul Lehrieder** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, recht herzlichen Dank für Ihre eindrucksvollen Ausführungen. Wir haben uns vorher alle zusammen, zumindest die meisten Kollegen, ein Bild am Brandenburger Tor und auch vor dem Reichstag zur Situation der Branche gemacht. Es ist tatsächlich so, dass hier mittlerweile weitere Hilfen erforderlich sind. Die Soforthilfen haben in vielen Bereichen das erste Feuer ein Stück weit löschen können, aber es brennt weiter. Sie sind die Branche, egal ob Schausteller, Messeveranstalter oder auch Touristiker, die am härtesten betroffen ist und am längsten betroffen sein wird.

Meine erste Frage geht an den Deutschen Reiseverband (DRV), Herr Inger. Sie haben in Ihrem Papier vorgeschlagen, einen Kreditfonds einzurichten, aus dem der Reiseveranstalter einen Kredit in Höhe der geleisteten Rückzahlung erhält. Ebenfalls aus dem Fonds bezahlt wird die Provision des Reisebüros. Das Reisebüro kann sich die Provision in Höhe der Rückforderung des Reiseveranstalters aus dem Fonds zahlen lassen.

Welche Vorteile hätte Ihre Lösung im Verhältnis zu dem mehrfach von den Kollegen angesprochenen 25 Milliarden-Programm des Wirtschaftsministers Altmaier, das seit Montag durch die Medien geht? Da geht es darum zu sagen, jawohl, man kann verlorene Zuschüsse bis zu 50 000 Euro für die Fixkosten in den nächsten Monaten erhalten, die die Ausfälle überbrücken sollen.

Eine Frage noch an Frau Linnhoff. Sie hat in Ihrer gewohnten resoluten Art auf die Probleme der Branche hingewiesen. Frau Linnhoff, was halten Sie davon bzw. wie schätzen Sie das in Ihren Reihen der selbständigen Reisebüros ein, ob der freiwillige Gutscheine, möglicherweise auch mit gutem Zureden, mit einer Bürgschaft des Bundes, mit einer Absicherung versehen, tatsächlich von den Menschen angenommen wird. Wir sind da etwas unsicher, weil wir nicht wissen, wieviel Menschen tatsächlich auf die Auszahlung der Anzahlung aus Gründen der Loyalität zu ihrem Reisebüro verzichten. Danke schön.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke Herr

Lehrieder, als nächstes für die SPD-Fraktion Frau Hiller-Ohm.

Abg. **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD): Auch von mir herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Ausführungen. Das war schon sehr eindrucksvoll. Ich war heute auch, wie die anderen Kolleginnen und Kollegen, auf der Demonstration und konnte mir ein gutes Bild über die Situation machen.

Meine erste Frage geht auch an Herrn Inger und betrifft den Corona-Kreditfonds. Es wäre schön, wenn Sie ausführen könnten, wie dieser Fonds funktionieren soll, also wer nimmt raus, wer zahlt ein? Dann würde mich noch interessieren, wie Sie die Zeitschiene einschätzen? Es wurde von Frau Linnhoff sehr deutlich dargestellt, es sind nur noch 10 Tage Zeit. Meinen Sie, dass dieser Kreditfonds für die Reiserückerstattung das richtige Instrument ist, um der Branche schnell zu helfen?

Meine zweite Frage richtet sich an alle bzw. an die, die sich zuständig fühlen. Auf der Demonstration vor dem Reichstag habe ich gelernt, dass die Soforthilfen und die Kredite nicht in der Reisebranche ankommen und auch die neue Kurzarbeiterregelung nicht greifen soll. Da ist meine Frage, müsste an diesen Instrumenten etwas geändert werden oder sollten diese Instrumente nicht weiter verlängert werden? Das haben wir ja in der Diskussion, dass wir die Soforthilfen und auch die Kurzarbeitergeldregelung eventuell noch einmal verlängern wollen. Wäre das für Ihre Branche dann überhaupt sinnvoll oder sollten wir darauf für Ihre Branche verzichten? Das wäre es erst einmal von meiner Seite, danke.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Frau Hiller-Ohm.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Für unsere Fraktion habe ich zwei Fragen. Die erste Frage richtet sich an Herrn Buller oder Frau Budde.

Sie, also VIR und asr, haben schon sehr frühzeitig ein Modell für einen Rückzahlungsfonds vorgelegt. Nach diesem Modell sollen Reiseveranstalter,



Reisebüros und andere Akteure von der Erstattung der Kundengelder freigestellt werden, die die Unternehmen an die Kunden für abgesagte Reisen wieder zurückzahlen müssten. Ich fand sehr interessant, dass diese Freistellung nicht als Geschenk zu verstehen sei, sondern die Unternehmen sollen das Geld dann wieder Stück für Stück an den Fonds zurückzahlen. Da würde mich interessieren, ob Sie der Meinung sind, dass ein derartiger Rückzahlungsfonds immer noch ausreicht, um die Reiseunternehmen zu retten? Und wenn ja, aus welchen Gründen? Sehr viele andere Verbände oder Einzelunternehmer fordern inzwischen Rettungsfonds, bei denen die Leistung als nicht rückzahlbare Zuschüsse ausgestattet werden sollen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Zöllick von der DEHOGA. Es geht um die Mehrwertsteuersenkung, die ja momentan beschlossen ist und wozu morgen im Bundestag auch debattiert wird. Ich habe von Gastronomiebetrieben zu denen ich Kontakt habe oder die sich melden, die Information, dass die Umsatzaufälle weiterhin enorm sind, trotz der momentanen Öffnung. Das haben Sie gerade sehr eindrücklich noch einmal aufgezeigt. Wie bewertet der DEHOGA die zeitliche Begrenzung dieser Mehrwertsteuersenkung und wie bewertet der DEHOGA, dass diese Mehrwertsteuersenkung nur auf Speisen und nicht auf Getränke erfolgt ist? Vielen herzlichen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Ich gebe weiter an die FDP-Fraktion, Herrn Dr. Klinge.

Abg. **Dr. Marcel Klinge** (FDP): Vielen Dank Herr Vorsitzender. Erst einmal herzlichen Dank an alle Beteiligten für die Statements. Ich finde, wenn man das in dieser geballten Konzentration hört, wird einem noch einmal wirklich klar, wie dramatisch die Lage ist. Wir bekommen das ja alle mit, aber das so am Stück zu hören provoziert fast die einzig relevante Frage an die Bundesregierung: wann passiert endlich etwas und wann wird Ihnen endlich geholfen?

Ich möchte zwei Fragen an die geladenen Sachverständigen stellen. An Herrn Inger vom DRV die Frage: da jetzt Mitte Juni die Reisewarnungen ausgesetzt werden, was müsste aus Ihrer Verbandsicht

passieren, damit wir beim Thema Flugverkehr auch wieder irgendwie Richtung Normalbetrieb laufen? Ich frage das auch vor dem Hintergrund, dass Heiko Maas aktuell noch dabei ist, eine europäische Abstimmung mit seinen Außenministerkollegen zu bekommen. Mich würde einfach interessieren, was müsste denn nächste Woche in Brüssel auch passieren, damit wir wieder zu einem vernünftigen Restart kommen? Ich meine, wenn das alle so machen wie Italien, mit den zweiwöchigen Quarantänen, dann ist der Urlaub für viele Menschen nach zwei Wochen beendet bevor er wirklich begonnen hat. Da würde mich die Position des DRV interessieren.

Die Mehrwertsteuerfrage an Herrn Zöllick, die will ich auch noch einmal unterstreichen. Können Sie einmal sagen, was das Ihnen ganz konkret in diesem einem Jahr bringt? Die Getränke sind nicht mit dabei, es steht nur ein Bruchteil der Flächen zur Verfügung, denn die Außengastronomie ist natürlich nur in den nächsten Monaten möglich und nicht über den Winter.

Noch abschließend die Frage an Frau Linnhoff. Können Sie noch einmal deutlich machen, was Ihre Reisebüros über Gutscheine denken, ob die nun freiwillig sind oder nicht, hier interessiert mich ein klares Statement von Ihnen. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, als nächstes für die Fraktion DIE LINKE. Frau Kassner.

Abg. **Kerstin Kassner** (DIE LINKE.) Ich möchte mich auch für die umfangreichen Informationen bedanken.

Meine Mitarbeiterin hat gerade geschrieben „das ist ja krass“ und sie hat vollkommen Recht. Was uns hier komplex auf den Tisch gepackt wurde, das ist wirklich erschreckend und fordert uns alle heraus, aber dazu in der nächsten Runde mehr.

Ich habe eine Frage an Herrn Rabe vom BTW. Es gab doch von Ihrer Seite die Forderung nach einem Tourismuspakt. Ich würde gerne wissen, wie das





von der Bundesregierung aufgenommen wurde, an welche Ministerien sich das gerichtet hat und wie Sie sich das Zusammenspiel von Bund und Ländern in dieser Situation wünschen?

Mich hat heute auf der Demo sehr berührt, wie die Auszubildenden um ihren Ausbildungsplatz und ihre Zukunft bangen. Können Sie Frau Linnhoff oder jemand anderes sagen, wie viele Auszubildende sich auch in Gefahr sehen, ihre Ausbildung abzuschließen zu können?

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön und für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Tressel.

Abg. **Markus Tressel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank Herr Vorsitzender, vielen Dank auch den Damen und Herren Experten, die zu uns gesprochen haben. Die Kollegen haben es zu Recht gesagt, es ist wirklich erschreckend, was wir heute so geballt hier gehört haben. Ich glaube, dass wir jetzt tatsächlich forciert vorgehen müssen, um diese Branche, insbesondere auch um die Strukturen zu erhalten, das ist ja mehrfach gesagt worden. Das ist auch das Entscheidende für den Tourismusstandort Deutschland, die Strukturen zu erhalten für die Zeiten nach der Krise, wenn wir das abseits des Infektionsgeschehens betrachten.

Ich habe in der ersten Runde zwei Fragen. Herr Rabe, Sie haben das Thema „Klima der Berechenbarkeit schaffen“ angesprochen. Ich habe da die Frage nach tourismuspolitischer Koordinierung herausgehört. Kollegin Kassner hat es auch angesprochen. Wie würden Sie sich das als BTW wünschen, wie diese tourismuspolitische Koordinierung vor dem Hintergrund der Krise stattzufinden hat? Also sprich Kommunikation, aber auch das Thema, Norbert Kunz hatte es auch angesprochen, Flickenteppich bei den einzelnen Regelungen. Sie haben keine Kritik am Föderalismus geübt, aber Sie haben schon deutlich gemacht, dass es da mehr Koordinierung bräuchte und dass die Bundesregierung mehr die Führung übernehmen müsste. Es würde mich schon interessieren, was Ihnen genau vorschwebt.

Meine zweite Frage würde ich gerne an Herrn Esser bzw. auch Frau Linnhoff richten. Die Frage nach der Zahl der Insolvenzen, die bereits eingetreten sind bzw. die Zahl der Insolvenzen, die unmittelbar zu erwarten sind in Ihren jeweiligen Bereichen, also Reisebüros und bei den Reisebusanbietern.

Dann noch eine weitere Frage. Herr Bundesminister Scheuer hat ja auch Zusagen hinsichtlich einer Förderung gemacht, wenn ich das den heutigen Medien richtig entnommen habe. Herr Esser, wie bewerten Sie das, das was Herr Scheuer über das Volumen, ich glaube 170 Millionen, gesagt hat? Wie bewerten Sie das im Hinblick auf die Herausforderungen Ihrer Branche?

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen herzlichen Dank an alle Kollegen für die Fragen. Ich rufe die Sachverständigen jetzt wieder alphabetisch auf und Sie können zu den jeweils gestellten Fragen Stellung nehmen. Ich beginne mit Frau Budde.

**Anke Budde** (asr): Ich würde gerne zu der Situation der Auszubildenden antworten, weil wir zusammen mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) Ravensburg eine Studie gemacht haben. Es ist so, dass ein Großteil der Auszubildenden ihre Ausbildungsplätze verlieren wird und möglicherweise auch nicht mehr antreten kann. Es werden im September voraussichtlich 3100 Ausbildungsplätze weniger vergeben werden, 1800 potentielle duale Studenten bekommen keinen Anstellungsvertrag mehr. Duale Studienplätze werden auf ein Zehntel reduziert werden. Das könnte man durch finanzielle Subventionen des Staates fördern, indem man in den kommenden Monaten die Betriebe unterstützt und sie könnten dann auch wieder zurückfinden zu alter Stärke mit 5500 IHK Ausbildungsplätzen und 3400 dualen Studienplätzen. Das ist eine Studie, die wir mit der DHBW in den letzten 2 Wochen zusammen durchgeführt haben, es soll ein Leitbild für die Tourismusbranche abbilden.

Zur Frage von der Frau Hiller-Ohm, ob es sinnvoll sei, das Kurzarbeitergeld zu verlängern. Natürlich ist es sinnvoll, dies zu verlängern, weil ein Teil der Mitarbeiter in Kurzarbeit ist aber wir können nicht



alle in Kurzarbeit schicken. Da, wo das möglich ist, haben wir das schon gemacht und wir werden es auch weiter tun müssen, weil wir die Leute ja nicht entlassen wollen. Viele Unternehmen stocken auch das Kurzarbeitergeld für ihre Mitarbeiter auf. Die Soforthilfen, die KfW Kredite kommen dahingehend nicht an, weil die Kredite nur für die Betriebskosten eingesetzt werden dürfen. Sie reichen auch nicht aus, um die Rückzahlungen für die Reiseveranstalter zu erfüllen und ich denke das haben wir auch in den letzten Wochen sehr intensiv dargestellt.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, dann als nächstes Herr Michael Buller.

**Michael Buller** (VIR): Vielen Dank, ich glaube wir müssen mal kurz Begrifflichkeiten klären, weil ich glaube, es werden immer einige ein wenig durcheinander geworfen. Wird über Fonds, Rettungsfonds gesprochen, meinen die Leute immer unterschiedliche Sachen. Wir haben zwei Probleme im Augenblick.

Das eine ist, wir haben im Moment Betriebe, die keine Umsätze erzielen, aber laufende Kosten haben. In diesen Fällen reden wir von Beihilfen. Das heißt, das ist das, was gerade läuft, da geht es um die Ausgestaltung. Das ist das eine Thema.

Das zweite große Problem sind diese Anzahlungen, die diese Betriebe entgegen genommen haben und viel Geld in die Destinationen vorausgezahlt haben. Dafür reden wir über den Fonds, Herr Inger sprach auch von einem KfW Kredit. Nennen wir es mal einen Sonderkredit, wo die Unternehmen diese Rückzahlungsverpflichtungen einlagern. Wenn man alle Unternehmen, auch die Einzelleistungen, nimmt, dann kommen wir auf eine Summe von knapp 11 Milliarden Euro. Das wird sich noch leicht erhöhen je nachdem, welche Destinationen aufmachen, welche Belegungen in den Hotels möglich sind. Man darf auch nicht vergessen, bis zum März hat die Touristik ungefähr 40 Prozent ihres Jahresumsatzes eingefahren und den muss sie jetzt eben zum größten Teil stornieren.

Das Problem bei den Gutscheinen war, dass sie ein

Jahr Laufzeit haben. Wenn Sie so ein schwaches Jahr wie 2020 haben - und wir haben vorhin ja auch gehört, da gibt es unterschiedliche Meinungen, was ein gutes oder schlechtes Jahr ist, aber möglicherweise haben Sie Glück und fahren 60 Prozent Ihres Jahresumsatzes ein - wie wollen Sie innerhalb eines Jahres diese Rückzahlung leisten? Möglicherweise haben Sie auch Betriebe im Ausland, die Pleite gehen. Das heißt Sie müssen den Wareneinsatz nochmal stemmen, das wird nicht funktionieren. Deswegen dieser Rückzahlungsfonds, der auch wirklich von Betrieben als eine Verbindlichkeit, ein Darlehen gesehen wird, auch verzinst werden soll, der soll eine Laufzeit von zehn Jahren haben. Jemand, der früher zurückzahlen kann, kann früher zurückzahlen. Wer später zurückzahlt, kann später zurückzahlen und deswegen sind es zwei Sachen, die aber zusammen hängen, wir brauchen beides.

Bei den Beihilfen ist mir nochmal wichtig zu sagen, wir haben auch diesen „Maschinenraum“, also Dienstleister wie Call-Center oder Systemanbieter, die bestimmte Daten aufbereiten oder eben IT Dienstleister. Auch die müssen von einer Beihilfe profitieren, weil diese haben das Problem, dass sie oft umsatzabhängig bezahlt werden. Da hier aktuell gar kein Umsatz läuft, haben sie auch keine Einnahmen. Da können die Unternehmen oder „Maschinen“ auch nicht arbeiten, zudem gibt es Rückabwicklungen. Die müssen natürlich in so einen Topf mit hineinkommen.

Deswegen müssen wir Obacht geben, dass wir keine Kriterien haben, die die ausschließen, weil das würde die Branche dann eben nicht überleben. Es gibt Unternehmen im IT Bereich, wenn wir die verlieren dann macht hier gar keiner mehr Geschäfte. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön Herr Buller, als nächstes Herr Esser.

**Benedikt Esser** (RDA): Vielen Dank für die Fragen. Fangen wir vielleicht mal mit den 170 Millionen Euro an. Da muss ich kurz noch ergänzen, dass wir natürlich mit Blick auf die Verkehrswende diese Fahrzeuge, die wir im Bestand haben, jetzt sehr stark erneuert haben. Wir haben also sehr viele



Neufahrzeuge, und diese 170 Millionen sind gerechnet worden auch vom Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen bis Ende Mai. Sie können davon ausgehen, dass die Fahrzeuge im Gelegenheitsverkehr, etwa 10 000 Busse, uns 57 Millionen Euro im Monat kosten. Wir haben hier Zahlen vom Kraftfahrtbundesamt bekommen. Danach haben wir also 2,3 Millionen Euro Kosten am Tag. Da reden wir nur über die Fahrzeuge im reinen Gelegenheitsverkehr. Dazu kommen Gewerbemieten, Betriebshöfe und so weiter. Natürlich auch die Mitarbeiter, die diese ganzen Stornierungen noch bearbeiten, das ist ja nur ein ganz kleiner Teil des Kostenblocks. Die Frage ist, ob die 170 Millionen Euro ausreichen? Mit Blick auf den Zeitstrahl, mit Blick auf das, was wir aktuell so sehen, wird das wahrscheinlich nicht reichen können, weil noch viele andere Kostenblöcke hinzukommen und das Geld durch die Tür spaziert in einer Geschwindigkeit wie wir das in unserer Branche noch nicht gesehen haben.

Das betrifft auch die Frage von Ihnen, Herr Tressel, wie viele Insolvenzen und Betriebsschließungen es gibt. Wir haben eine Aussetzung der Anmeldepflicht. Ich würde sagen, wenn jeder, der jetzt insolvent ist, das anmelden müsste, dann hätten wir Schlangen vor den Gerichten. Im Grunde würde ich sagen, es wird keiner aushalten können, egal in welcher Situation er ist, wenn es jetzt so weitergeht. Das können Sie sich auch alle ausrechnen, bei Null-Umsätzen kann man so gut sein wie man will, sie gehen in Insolvenz. Durch das Berufsverbot zwingen uns die Abgeordneten hier in Insolvenz, das müssen Sie sich einfach klarmachen. Wir haben überhaupt keine Alternativen. Hilfen, Überbrückungshilfen und all das ist alternativlos, auch der Flickenteppich muss schnell weg. Alles ist alternativlos. Sie werden, da kann ich mich an meine Vorredner ganz klar anschließen, Sie werden eine Pleitewelle sehen, dass Sie morgens nicht mehr aus den Augen schauen können sobald die Anmeldepflicht wieder da ist. Das ist Wahnsinn, was hier passiert! Dankeschön.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön Herr Esser, als nächstes möchte ich Herrn Frank Hakelberg vom Deutschen Schaustellerbund das Wort geben.

**Frank Hakelberg** (DSB): An mich war keine Frage adressiert, aber das Interesse an der Anzahl der Mitarbeiter der Branchen möchte ich nochmal kurz aufgreifen und darauf hinweisen, dass es in unserer Branche um 50 000 bis 60 000 Mitarbeiter, viele geringqualifiziert, geht. Dankeschön.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Als nächstes Herr Holtmeier von AUMA.

**Jörn Holtmeier** (AUMA): Vielen Dank, ich möchte einfach nochmal unterstreichen, weil das Eckpunktepapier und die Entschädigung von Umsatzausfällen gerade bei Null-Umsätzen angesprochen wurde und es gerade alle erfasst, die davon betroffen sind. Das sind definitiv in der Messewirtschaft die Messeveranstalter, aber vor allem auch die Messebauer. Da waren die letzten Umsätze im Januar und Februar und seitdem nicht mehr. Wenn wir wieder ab September anlaufen, dann gibt sicherlich die Chance, etwas zu machen, aber bei über 150 abgesagten und verschobenen Messen, viele internationale Leitmesse, gibt es keine Chance, die nochmal nachzuholen. Das möchte ich einfach nochmal der Vollständigkeit halber verdeutlichen. Von daher bin ich für einen Ansatz, dass man das an vernünftigen Kriterien festmacht sehr dankbar. Danke.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, als nächstes Herr Dirk Inger.

**Dirk Inger** (DRV): Vielen Dank Herr Vorsitzender, ich würde gerne im ersten Schritt die Fragen von Herrn Lehrieder und von Frau Hiller-Ohm beantworten. Das gehört glaube ich zusammen. Ich möchte das nochmal erklären.

Wir haben das Liquiditätsproblem. Das heißt, wir haben derzeit noch 5,9 Milliarden Euro, die erstattungspflichtig bei Reiseveranstaltern sind und die an die Kunden zurückgezahlt werden müssen. Das ist eine ganze Menge Geld, das noch ausgekehrt werden muss an die Kunden. Jetzt kommt die freiwillige Gutscheinregelung. Die freiwillige Gutscheinregelung nimmt nach unserem Eindruck vielleicht 15 bis 20 Prozent dieser Summe weg. Das heißt, wir können von diesen 5,9 Milliarden



1,2 Milliarden abziehen. Es bleiben also noch rund 4,7 Milliarden Euro übrig, die die Reiseveranstalter an die Kunden auszahlen müssen. Daraus folgt, wenn die Reisen storniert werden, wenn dieses Geld ausgezahlt wird, erhalten die Reisebüros ihre Provision nicht. Die Liquidität der Reiseveranstalter wie die Liquidität der Reisebüros, die ihre Provision nicht erhalten oder zurückzahlen müssen, je nachdem bei welchem Veranstalter gebucht wurde, ist extrem gestresst. Wir sagen, um dieses Problem der Liquidität zu lösen, brauchen wir einen Kreditfonds.

Das Prozedere ist so: der Reiseveranstalter zahlt den Kunden aus, kann dann diese Summe an diesen Kreditfonds auslagern und das Reisebüro, wenn es möchte, alles ist freiwillig auch für den Veranstalter, kann seine Provision dort auslagern. Das würde die Liquidität sichern. Es ist kein Zuschuss oder etwas in dieser Art, sondern das wäre Geld, das über einen längeren Zeitraum zurückgezahlt werden muss. Das ist der Punkt, den eben auch Herr Buller erwähnt hatte. Das Ganze nützt aber nichts, wenn ich nur die Liquidität erhalte, und nicht gleichzeitig die Strukturen sichere und deswegen, Herr Lehrieder, reicht das nicht aus, weder für Reisebüros noch für Reiseveranstalter, sondern es sichert nur deren Zahlungsfähigkeit und dann braucht es im zweiten Schritt das, was die Struktursicherung ist, das was nur über Beihilfen erfolgen kann. Die basieren auf den tatsächlichen Kosten, die den Unternehmen jetzt in dieser Zeit entstehen, in der sie kein neues Geschäft machen, kein frisches Geld reinkommt, aber hohe Rückzahlungen anstehen, dazu braucht es diese Beihilfen. Das Bundeswirtschaftsministerium hat ein Programm ausgearbeitet, was großen Teilen der Wirtschaft helfen würde, zumindest den kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 249 Beschäftigten. Es sind noch ein paar Detailfragen drin, die man sich nochmal anschauen muss, aber das würde in einem ersten Schritt helfen, die Strukturen zu sichern. Aber es sind 2 Schritte, einmal die Liquidität sichern und in einem zweiten Schritt über Beihilfen die Strukturen der Reisebüros und Reiseveranstalter sichern. Ich hoffe, dass ich das einigermaßen vernünftig erklärt habe.

Zu der Frage von Herrn Klinge, was bedeutet eigentlich die Reisewarnung und wie setzt man die

gesamte Reisekette wieder in Gang. Wir haben durch die weltweite Reisewarnung ein völliges Erliegen von jeglicher Art internationalen Verkehrs bekommen. Der Luftverkehr ist komplett runtergefahren, es finden keine Reisen mehr statt. Wir brauchen einen Restart und der Restart hat verschiedene Schritte.

Das eine ist, dass Bundesaußenminister Heiko Maas die weltweite Reisewarnung aufhebt. Dazu gab es schon Überlegungen und Gespräche mit Herrn Maas, das sollte eigentlich heute im Bundeskabinett beraten werden. Das Ziel war, dass die Reisewarnung weltweit ersetzt wird durch differenzierte Reisehinweise, die die Corona Situation in unterschiedlichen Destinationen berücksichtigen. Das ist der erste Schritt.

Der zweite Schritt ist, dass die Einreisequarantäne aufgehoben werden muss. Es nützt mir nichts, wenn ich theoretisch ins Ausland fahren kann, aber bei der Rückkehr 14 Tage in Quarantäne muss. Das ist geregelt durch Länderverordnungen, der Rahmenerlass kommt von Bundesinnenminister Seehofer, die Länderverordnungen setzen das entsprechend um. Das geht natürlich nicht, dass man in Quarantäne muss, wenn man zurückkommt.

Das dritte ist, wir haben auf Ebene der Europäischen Union eine Einreisesperre für Drittstaaten. Das heißt Bürger von außerhalb der Europäischen Union dürfen nicht in die Union einreisen. Diese Dinge muss man gleichzeitig mindestens abgestimmt und abgesprochen miteinander in Gang setzen, denn sonst funktioniert das nicht. Auch wir haben dabei eine Aufgabe. Wir haben zusammen mit mehreren Verbänden, dem VDV, dem BDL, einen Maßnahmenkatalog entwickelt über die gesamte Reisekette von der Buchung im Reisebüro über den Flughafen und Flug bis zum Aufenthalt am Urlaubsort. Dazu gibt es dezidierte Maßnahmen, die haben wir auch der Bundesregierung vorgelegt, den einschlägigen Ministerien, Wirtschaft, Verkehr, Auswärtiges Amt, Gesundheitsministerium und allen Ministerpräsidenten der Länder. Damit glauben wir, dass sicheres Reisen wieder möglich ist bei der Beachtung einiger Sicherheitsmaßnahmen, die notwendig sind. Dieser Gesamtprozess, der koordiniert sein muss über die



Bundesregierung, auch abgestimmt mit Brüssel, ist in der Lage das Reisen wieder in Gang zu setzen. Wir werden sehr dafür werben, dass die Entscheidung, die heute im Kabinett nicht getroffen wurde, nämlich von der weltweiten Reisewarnung schrittweise zu differenzierten Reisehinweisen zu kommen nachgeholt wird. Dass das wieder geschieht, sollte man auch nicht von Infektionsgeschehen in einzelnen Bundesländern in Deutschland abhängig machen. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke Ihnen, als nächstes Herr Norbert Kunz.

**Norbert Kunz** (DTV): Vielen Dank. Ich möchte die Frage von Frau Hiller-Ohm zur Kurzarbeiterregelung beziehungsweise zu den Soforthilfen beantworten. Die Kurzarbeiterregelung ist eine sehr gute Sache. Sie unterscheidet uns auch von vielen anderen Staaten und sie ermöglicht es, in der Krise die Menschen in Beschäftigung zu halten bzw. zumindest dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten nach der Krise in die Beschäftigung zurückkommen werden.

Im Tourismus hat die Kurzarbeiterregelung folgenden Haken. Die Beschäftigten, das hatten wir auch in einer Telefonschleife vor kurzem mit dem Tourismusbeauftragten der Bundesregierung diskutiert, werden natürlich auch in der Krise benötigt, um mit den Kunden in Kontakt zu bleiben, um die Fragen der Regulierung zu klären. Das heißt, die Kurzarbeiterregelung ist gut, aber in dieser Krise läuft sie ein Stück weit quer, weil die Beschäftigten benötigt werden.

Zum Thema Soforthilfen, sollen sie verlängert werden? Es reicht nicht aus, sie einfach nur zu verlängern, denn die Soforthilfen in Höhe bis zu 15 000 Euro bei bis zu 10 Beschäftigten, waren ein guter Start, das waren aber nur die Kleinstbetriebe und die Solo-Selbstständigen. Es werden nicht alle erreicht, wenn ich beispielsweise an die privaten Ferienhausvermieter denke, die nur im Nebenerwerb arbeiten oder an die Landwirtschaftsbetriebe, die Urlaub auf dem Bauernhof anbieten, sind auch davon ausgeschlossen. Wir haben ein großes Problem, außerdem haben wir den Mittelstand damit noch längst nicht erreicht. Deswegen

brauchen wir die Anhebung durch den Bund auf mindestens bis zu 249 Beschäftigte.

Das ist ja glücklicherweise auch endlich in der Diskussion und hoffentlich kurz vor dem Abschluss, aber bis heute sind die Länder in diese Lücke gesprungen. Das muss man deutlich sagen. Die Länder haben versucht, das Solo-Selbständigen-Programm des Bundes aufzustocken und haben ein Stück weit versucht, mit ihren Möglichkeiten den kleinen Mittelstand bis zu höheren Beschäftigtenzahlen finanziell zu unterstützen. Aber nur der Bund kann gemeinsam mit den Ländern diese Lücke schließen und das ist das Thema Soforthilfen, nicht zurückzahlbare Zuschüsse. Zum Thema Fonds haben die Kollegen ausreichend ausgeführt. Danke schön.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, als nächstes Frau Linnhoff.

**Marija Linnhoff** (VUSR): Ich fange mal mit den Gutscheinen an lieber Herr Lehrieder. Hätten wir nicht so viel Zeit zerredet und wäre das nicht eine öffentliche Diskussion gewesen, wäre die Quote sicherlich höher gewesen, aber der VUSR musste dagegen sein, weil bei den Zwangsgutscheinen haben Sie die Reisebüros vergessen. Diese hätten bei diesem Modell nur ein einziges Mal Provision bekommen und zwar bei Ausgabe des Gutscheins und dann wäre Schluss gewesen. Damit hätten wir kein Geld verdient, das zum Ersten.

Zum Zweiten kann ich Ihnen sagen, die Akzeptanz der Gutscheine hat durch die wochenlange Diskussion gelitten. Ich kann Ihnen aber sagen, dass zum Beispiel bei Luxus-Reiseveranstaltern, nennen wir es mal so, wo die Reisesummen sich zwischen 15 000 und 30 000 Euro bewegen, die Akzeptanz des Gutscheins bei 35 Prozent ist. Das liegt daran, weil diese Kunden keine Rücküberweisung auf ihr Konto haben wollen, warum auch immer. Aber bei Reiseveranstaltern, die vornehmlich Familien mit Kindern oder Rentner bedienen, da ist die Akzeptanz bei 5 Prozent.

Ja, es wäre möglich mit den Kunden zu sprechen, weil wir am Point of Sale sind und großen Einfluss



haben auf Grund des Vertrauens, das jahrelang aufgebaut wurde. Das Problem ist, erstens ist ein Kunde nicht dazu da, zinslose Kredite zu vergeben, auch wenn der Gutschein jetzt abgesichert ist. Zweitens, ein Reisebüro muss auch nicht auf Bezahlung verzichten und sollte es auch schon aus unternehmerischen Überlegungen nicht, nur um einem Reiseveranstalter einen Gefallen zu tun. Wir sind partnerschaftlich miteinander verbunden und ich glaube, das ist ein wichtiger Aspekt, was Reisebüros und Reiseveranstalter betrifft. Wir sind wirtschaftlich verbunden, ja das ist richtig, aber wir sind auch gleichzeitig, so ist es leider, Mitbewerber und das ist ein ganz großer Faktor.

Einerseits Partnerschaft, andererseits Mitbewerber, aber in erster Linie, und das wird oft verwechselt, betreibt der VUSR keinen Verbraucherschutz, sondern wir betreiben Kundenschutz. Das ist unser Mehrwert! Das sind Reisebüros. Das ist das Gold der Reisebüros, eines stationären Vertriebs. Dass wir das Wissen um den Kunden haben, dass er uns vertraut, dass er sich bei uns Rat holt.

In der Zukunft wird es zwei Schlagworte geben, das sind Sicherheit und Vertrauen. Da sehe ich die Zukunft. Deswegen ist es richtig gewesen, dass Sie die Gutscheine jetzt wahlweise stellen. Das ist auch alles in Ordnung. Ich frage mich immer nur, warum hat das so lange gedauert?

Das Zweite waren die Auszubildenden. Da muss ich Ihnen sagen, wir haben nur die Zahlen aus unseren Betrieben, also unseren Mitgliedern. Ja, die Auszubildenden haben alle Angst, das muss man klar sagen, ihre Ausbildung nicht beenden zu können. Aber da gibt es schon Bestrebungen, Reisebüros sind sehr innovativ, sehr kreativ, sehr zäh, da wurde schon untereinander geredet. „Falls du zu-machst, übernehme ich deinen Auszubildenden“. Wir sind da wirklich bestrebt, aber man darf nicht vergessen, dass wir, nach den uns vorliegenden Zahlen, im VUSR Gott sei Dank noch keine Insolvenzen hatten. Insgesamt haben wir aber schon 15 Prozent Insolvenzen.

Ja, das Kurzarbeitergeld soll weiterlaufen. Das ist auch alles in Ordnung, auch die Soforthilfe hat bei uns gegriffen. Ich weiß, dass es einige Kolleginnen

und Kollegen außerhalb des VUSR gibt, die ihr Geld noch nicht bekommen haben. Die Gründe dafür weiß ich nicht. Auch die KfW Darlehen laufen. Ich weiß, dass es bei einigen schwierig ist, vielleicht liegt es an den Summen. Ich weiß es nicht, aber da muss ich die Bundesregierung loben, es läuft, das ist einfach so.

Zu dem Fonds wurde schon alles gesagt. Da hatten wir bereits am 19. März informiert, das deckt sich mit allen Angaben, die hier gesagt wurden. Ich glaube, darin ist sich die Branche ganz einig.

Die Soforthilfemaßnahmen, die jetzt kommen sollen, wären ein Segen für viele Reisebüros. Gar keine Frage. Bei den Fixkosten bitte ich Sie nur zu berücksichtigen, dass die Personalkosten zu den Betriebskosten gehören, nicht nur bei Kapitalgesellschaften, sondern auch bei Einzelunternehmen, die müssen ja auch von irgendwas leben.

Was Rückzahlungen angeht, Soforthilfe soll ja nicht zurückgezahlt werden, und was einen Fonds betrifft, um das mal klar und deutlich zu sagen, ja die Reisebüros haben für etwas gearbeitet und haben Leistung erbracht, wozu eigentlich die Reiseveranstalter verpflichtet wären, uns jetzt dafür zu entlohnen. Man darf nicht vergessen, das möchte ich hier ausdrücklich nochmal betonen, dass große Reiseveranstalter wie die TUI - ich nenne sie jetzt immer, weil sie der Marktführer ist - sich nach einer Woche weg geduckt haben. Das komplette Krisenmanagement haben die stationären Reisebüros gemacht. Die haben Kunden beruhigt. Die haben informiert. Und keinen Cent Geld! Das hätten wir nicht gemusst, aber das ist eben unser Mehrwert, das Vertrauen des Kunden.

Da möchte ich nochmal anschließen, was die Lockerungen betrifft. Jetzt kommen Kunden, es geht gar nicht darum, dass sie nicht verreisen wollen, sie wollen ja! Sie wollen weg! Nicht nur innerhalb von Deutschland. Das hat nichts mit Mut zu tun, die Menschen wollen einfach nur wissen, wie sieht es dort aus, wenn sie nach Spanien oder Griechenland hinfahren. Ich glaube, das ist der Appell. In Deutschland, das weiß jeder selber, ist das theoretisch einheitlich. Aber was ist mit Spanien? Mut gepaart mit Verantwortung. Wir haben gelernt mit



dieser Krankheit zu leben und deswegen weiß ich, die Menschen werden fahren. Genau dieses Geschäft muss man wieder ankurbeln und bitte, es sind die Reisebüros, die das den Kunden auch nahe bringen. Die Informationen müssen wir von der Politik und von den Reiseveranstaltern haben. Danke.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Frau Linnhoff, dann darf ich als nächstes an Herrn Rabe vom BTW weitergeben.

**Michael Rabe** (BTW): Vielen Dank. Frau Kassner, die Frage nach dem Tourismuskongress im Bundeskanzleramt kann ich nur so beantworten, dass wir noch keine Antwort bekommen haben. Dem will ich weiter nichts hinzufügen.

Zur Frage nach dem Zusammenspiel von Bund und Ländern. Ich glaube, es ist offenkundig und auch in einzelnen Redebeiträgen angesprochen worden, dass die Branche von der Berechenbarkeit, Planbarkeit ihrer Geschäftsmodelle lebt und dasselbe gilt natürlich auch für den Kunden. Kein Mensch weiß heute mehr, wenn er eine Reise plant, selbst in Deutschland, wie die einzelnen Regeln aussehen.

Dezentrale Regelungen dann, wenn es um dezentrales Geschehen geht, aber was die Rahmengesetzgebung angeht, wäre in der Tat ein Infektionsschutzgesetz reformierbar. Ich spreche das Beispiel der Schweiz an, das mir allerdings nur oberflächlich bekannt ist. Dort ist man unverdächtig, föderale Belange nicht zu beachten, aber gleichzeitig hat man, ich glaube nach der SARS Krise, ein Gesetz verabschiedet, das dem Bund eben genau diese Rahmengesetzgebung ermöglicht hat. Die Schweizer sind dem Vernehmen nach ohne Demokratieverstimmung damit gut gefahren. Ein solches Vorhaben würde ich auch der deutschen Politik als Anregung gerne mit auf den Weg geben.

Was das aktuelle Zusammenspiel angeht, ich bin kein Berater in der Koordinierung von Länder- und Bundespolitik, ich mahne es nur an. Dabei will ich es bewenden lassen.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke sehr, dann übergebe ich das Wort an Herrn Schmitz vom DJH.

**Julian Schmitz** (DJH): Vielen Dank, es ist, denke ich, ausreichend darüber gesprochen worden, wie sich die Strukturen abbilden. Ich möchte auch nochmal darauf hinweisen und bitte Sie, dass Sie gerade im Bereich der verordneten Reisen und der Jugendreisen bei allen Maßnahmen berücksichtigen, dass auch wichtige pädagogische Inhalte in den Häusern der Träger vermittelt werden. Die Jugendherbergen, aber auch alle anderen gemeinnützigen Beherbergungsbetriebe, verstehen sich als außerschulische Lernorte und leisten damit einen erheblichen zivilgesellschaftlichen Beitrag. Deswegen der ganz klare Appell, auch diese Zielgruppe weiter zu berücksichtigen und nicht wieder zu vergessen.

Es wurde nach den Auszubildenden gefragt. Unsere Jugendherbergen beschäftigen ca. 100 Auszubildende in verschiedenen Bereichen und die Nachbesetzung freierwerdender Stellen hängt natürlich am wirtschaftlichen Überleben der einzelnen Häuser. Neben den Auszubildenden sind allerdings mehr als 800 Personen ehrenamtlich im Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) tätig. In diesem wichtigen Bereich leisten in meinen Augen besonders gemeinnützige Träger Pionierarbeit. Und mit der Existenzbedrohung der Jugendherbergen ist auch die wichtige Arbeit der ehrenamtlich Tätigen in Gefahr. Ohne Gäste können auch keine Bildungs- und Freizeitprogramme mehr angeboten werden. Zusätzlich sind mehr als 160 Bundesfreiwilligendienstleistende im DJH tätig. Ein Verlust der Jugendherbergen wäre auch ein großer Verlust für die Zivilgesellschaft.

Zum Fonds. Bitte denken Sie unbedingt daran, die Vereine und gemeinnützigen Organisationen mit zu berücksichtigen. Wir müssen versuchen, das gesamte Bild des Tourismus darzustellen. Auch die gemeinnützigen Träger sind ein sehr relevanter Teil dieses Systems.

Es wurde auch schon angesprochen, dass es bei den Fördermitteln viele Diskrepanzen gibt. Gemeinnützigen Anbietern wird scheinbar immer



unterstellt, nicht groß, im Sinne von „viele Personen werden beschäftigt“, zu sein. Dieser Irrglaube hat in der Vergangenheit dazu geführt, dass Rettungsschirme für uns nicht in Betracht kommen. Unsere größten Landesverbände beschäftigen in Spitzenzeiten allerdings bis zu 800 Mitarbeitende, insgesamt sind 5.000 Personen im DJH tätig. Diesen Dimensionen muss auch mit entsprechenden Unterstützungsleistungen Rechnung getragen werden.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke sehr, dann Herr Zöllick von DEHOGA.

**Guido Zöllick** (DEHOGA): Vielen Dank Herr Münzenmaier. Sie hatten zum Thema Mehrwertsteuersenkung gefragt. Ganz klare Sache, die Mehrwertsteuersenkung ist zu dem Zeitpunkt, als sie beschlossen wurde, ein gutes und Mut machendes Signal gewesen. Sie ist aber in der zeitlichen Begrenzung völlig an dem Thema vorbeigegangen, warum man das gemacht hat. Es soll eine Hilfe im Zusammenhang mit der Corona Pandemie und den dort ausgefallenen Umsätzen und der anschließenden daraus resultierenden Kaufzurückhaltung sein. Sprich, wir werden diese Umsätze auch jetzt, wo wir wieder aufmachen dürfen, nicht auf dem Vorjahresniveau erleben und wir werden diese Mehrwertsteuersenkung ab 1. Juli auch dazu nutzen müssen, um die Umsatzausfälle zu kompensieren und nicht, um irgendwelche betriebswirtschaftlichen Daten zu verschönern und zu verbessern, sondern um zunächst die Umsatzeinbrüche ein Stück weit auszugleichen. Sicher hätten wir uns auch gewünscht, dass die Mehrwertsteuersenkung für Speisen und Getränke ausgesprochen worden wäre, denn, wenn man Corona Hilfe leisten will, dann muss man auch an die Betriebstypen denken, die mit Bars, Kneipen, Diskotheken keine Speisumsätze machen, die hat man von vornherein ausgeschlossen. Das sind genauso wichtige Betriebe für das gesellschaftliche Leben in Deutschland. Auch da trifft man sich, auch da tauscht man sich aus. Das sind beliebte Treffpunkte und denen wird in dieser Art und Weise jetzt nicht geholfen.

Zeitliche Begrenzung, eindringlicher Appell: das Ganze muss unbedingt verlängert werden! Denn wir gehen nicht davon aus, dass wir nächstes Jahr

im Juni all die Folgen der Corona Pandemie überstanden haben und es wieder in gleicher Art und Weise weitergeht, wie wir das brauchen, um die Betriebe gesund zu halten und ihnen die Möglichkeit zu geben, die jetzt aufgenommenen zusätzlichen Belastungen dann später auch zurückzahlen, weil auch dafür sollten diese Mittel später dann eingesetzt werden.

Lieber Herr Klinge, Sie haben gefragt, wie hoch denn überhaupt das Volumen ist, über das wir hier jetzt reden. Wenn wir uns die Umsatzstatistiken der Vorjahre anschauen und davon ausgehen, dass wir das im Jahre 2020 und bis zum Ende der Laufzeit dieses Beschlusses nicht wieder erreichen werden, dann gehen wir im Moment davon aus, dass wir von etwa 1,5 Milliarden Euro sprechen, die das weniger an Steuereinnahmen verursachen wird für eine Branche, die mit über 220 000 Betrieben doch wirklich auch eine Größenordnung in Deutschland darstellt.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank an Sie alle für die Beantwortung. Wir gehen nun in die zweite Fragerunde.

Abg. **Astrid Damerow** (CDU/CSU): An alle noch einmal meinen herzlichen Dank für die eindrückliche Schilderung. Meine Frage möchte ich nicht an einen Gast adressieren, sondern an alle.

Vor dem Hintergrund, dass wir über ein neues Soforthilfeprogramm diskutieren, würden mich die Erfahrungen mit den ersten Soforthilfen interessieren. Vielleicht können Sie uns noch einmal aus jeweiliger Verbandssicht kurz schildern, wo Sie für sich die höchsten bürokratischen Hürden gesehen haben und an welchen Stellen Sie sich hier bei dem nächsten Soforthilfeprogramm deutliche Erleichterungen wünschen und auch für notwendig halten. Vielen Dank.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank, für die SPD-Fraktion Frau Hiller-Ohm.

Abg. **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD): Herr Inger hatte meine Frage nicht beantwortet. Ich hatte nach dem





Corona-Kreditfonds für die Reiserückerstattung gefragt. Mir ist schon klar, dass es zwei Modellformen gibt, aber ich hatte konkret nach diesem Corona-Reiserückerstattungsfonds gefragt. Dazu hatte ich gefragt, ob dies das richtige Instrument ist, um der Branche schnell zu helfen, weil die Rückerstattungen bei Pauschalreisen nach mindestens 14 Tagen erfolgen müssen. Meinen Sie, dass dann dieser Rückerstattungsfonds das richtige Instrument ist? Es wäre schön, wenn Herr Inger darauf antworten könnte.

Dann habe ich eine Frage an Herrn Kunz. Auch ich bedauere sehr, dass wir eine totale Zersplitterung in Deutschland haben, was die Sicherheitsvorgaben, was die Durchführung usw. angeht. Wäre es nicht eine Möglichkeit, dass der DTV ein gemeinsames länderübergreifendes Sicherheitspaket schnürt, um transparente und einheitliche Vorgaben an die Betriebe zu geben? Ich denke, einheitliche Vorgaben wären auch für die Bustouristik von Vorteil. Haben Sie, Herr Esser ein Konzept für die Wiederaufnahme des Busverkehrs unter Beachtung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen? Ich fürchte leider, dass wir hier im Bund schon an den Ministerpräsidenten gescheitert sind, denn die Länder wollen das in ihrer Hoheit behalten.

Meine zweite Frage bezieht sich auf den Rettungsfonds für die gesamte Branche. Da ist mir noch nicht klar, wie das eigentlich funktionieren soll. Ich habe in dieser Diskussion gehört, dass Herr Hakelberg für die Schausteller, Herr Holtmeier für die Ausstellungs- und Messebetreiber, Herr Zöllick für DEHOGA und die Reiseveranstalter für ihre Reisebüros einen Rettungsschirm fordern. Könnten Sie sich vorstellen, dass es branchenübergreifende Rettungsmaßnahmen geben könnte, also von denen alle Branchen profitieren könnten? Wie müssten diese dann aussehen? Das wären meine Fragen, Danke schön.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke, Herr Neumann bitte.

Abg. **Christoph Neumann** (AfD): Meine erste Frage geht an Herrn Inger. Der DRV hat einen Lösungsvorschlag vorgelegt, der einmal Unterstützung bei

den Rückzahlungsverpflichtungen der Reiseveranstalter und zusätzlich einen Corona-Überbrückungskredit vorsieht. Worin unterscheidet sich im Kern der Vorschlag des DRV von den Vorstellungen des BTW?

Meine zweite Frage geht an Frau Linnhoff. Sie haben mit viel Herzblut die Sorgen der Branche dargestellt. Ich bin in den letzten Wochen bei Demonstrationen in meiner Heimatstadt Leipzig gewesen, weil Reisebüros, Gaststätten, Hotelbesitzer es mir ähnlich geschildert haben. Was Sie uns gesagt haben verstärkt noch einmal meine Kenntnisnahme des Ganzen, auch was die Selbstmordrate angeht.

Jetzt zum eigentlichen Kern. In der Stellungnahme des VUSR vom 25. Mai diesen Jahres heißt es, dass das Grundgerüst des vom VUSR vorgeschlagenen Rettungsfonds förmlich dazu einlade, diesen Fonds künftig für die Kundengeldabsicherung gemäß der europäischen Pauschalreiserichtlinie weiter zu entwickeln. Können Sie das etwas näher definieren? Meinen Sie damit im Kern eigentlich einen Rückzahlungsfonds und keinen Rettungsfonds? Das Modell des BTW scheint mir ein Rettungsfonds zu sein, da er nicht rückzahlungspflichtige Zuschüsse an die Unternehmen auszahlt.

Wenn es sich bei Ihrem Fonds eigentlich um einen Rückzahlungsfonds handeln sollte, würde mich interessieren, ob die Unternehmen die Beträge mit denen der Fonds die Rückzahlung an die Kunden übernimmt irgendwann erstatten sollen oder nicht?

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, als nächstes die FDP-Fraktion.

Abg. **Roman Müller-Böhm** (FDP): Ganz herzlichen Dank auch von meiner Seite an alle Sachverständigen für Ihre Vorträge.

Ich habe eine Frage an Frau Budde. Es wurde jetzt in dieser Form schon sehr oft angesprochen. Wir wissen, das sehen wir auch an den anwesenden Verbänden, wie breit der Tourismus ist. Es wäre



trotzdem noch einmal ganz schön, wenn Sie vielleicht erläutern könnten, wer denn auf diesen Fonds möglicherweise zugreifen können muss, damit nicht hinterher Missverständnisse aufkommen.

Meine zweite Frage ist an Herrn Buller gerichtet. Wir haben einige Probleme, die sich jetzt auswirken, die aber in Wirklichkeit schon in den letzten Jahren bekannt waren. Stichwort Insolvenzabsicherung, Pauschalreiserichtlinie. Wir haben auch die Problematik, dass die Reisebüros schon länger darüber diskutieren, wie es mit dem Provisionsmodell weitergehen kann. Wir haben das Problem, dass Tourismus generell gerade einen großen Wandel durchlebt. Ich möchte Sie fragen, was sind jetzt noch Schritte, die wir eventuell auch vorgreifend anpacken sollen in der Tourismuspolitik, damit wir in einer möglichen zweiten Krise, von der wir hoffentlich verschont bleiben, nicht erneut diese Probleme bekommen.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke, dann rufe ich als nächstes Frau Kassner von der Fraktion DIE LINKE. auf.

Abg. **Kerstin Kassner** (DIE LINKE.): Meine Frage richtet sich nicht mehr an unsere Teilnehmer. Ich habe eigentlich genug gehört, um die Dramatik der Situation wirklich in voller Härte hier zu spüren.

Meine Frage ist, was können wir als Ausschuss tun, um der Forderung nach einer Unterstützung der Branche Nachdruck zu verleihen? Wie können wir Herrn Bareiß helfen, dass es tatsächlich bei der Bundeskanzlerin, bei unserem Wirtschaftsminister, bei der Familienministerin ankommt, dass dringend Hilfe gebraucht wird und dass es auch von unserem Finanzminister Unterstützung findet.

Das wäre meine Frage und ich würde mir wünschen, wir arbeiten immer sehr kollegial zusammen, dass uns das auch in diesem Fall gelingt, damit wir noch in dieser Woche einen kleinen Forderungskatalog gemeinsam auf den Weg bringen. Wir können nicht mehr warten, das ist meine Meinung.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Tressel.

Abg. **Markus Tressel** (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Zu der Tatsache, dass das Bundeskanzleramt den Wunsch nach einem Tourismuskongress offenbar nicht kommentiert hat, fällt mir ehrlich gesagt nichts mehr ein. Aber das nur am Rande.

Es ist in der letzten Runde oder in den Eingangstatements von Herrn Buller gesagt worden, das Thema Pandemie falle in das Pauschalreiserecht und sei zu integrieren. Sie haben das nicht weiter ausgeführt. Es würde mich aber dennoch interessieren, wenn wir mal über die Perspektive nachdenken, dass Sie uns dazu noch zwei, drei Sätze sagen. Sie haben gesagt, die Modelle, die wir für die Insolvenzabsicherung diskutiert haben, würden jetzt nach dieser Krise möglicherweise nicht mehr zielgenau sein. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Herr Kunz, Sie haben die kommunale Perspektive angesprochen, weil wir auch sehr stark darüber diskutieren, was passiert diesen Sommer, fahren die Leute in Urlaub? Die Leute wollen Urlaub machen. Ich glaube, nach dieser Krise brauchen sie das auch. Aber das ist auch ein Problem. Wir haben in der Reisebranche nicht nur die Unternehmen, die aktiv sind, sondern es sind auch viele Kommunen als Leistungserbringer unterwegs. Stichwort Tourist-Informationen, Schwimmbäder, öffentliche Infrastruktur, alles was wir brauchen, um auch Tourismus zu machen. Sie haben das schon angesprochen, wir brauchen einen kommunalen Schirm, der den Kommunen auch hilft, diese Krise zu überbrücken. Wenn wir diesen Sommer tatsächlich dort mehr Tourismus haben werden, wovon ich ausgehe, dann brauchen wir eigentlich für die Kommunen, die jetzt Tourismus vor Ort machen, auch deutlich mehr Unterstützung wegen der Herausforderungen, zum Beispiel Stichwort Hygienekonzepte in Freibädern, was passiert an den Stränden, Abstände usw. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, weil das keine ganz unwichtige Perspektive im Hinblick auf den Sommer ist.



Meine letzte Frage: Ich lese überall von verhaltener Reiselust der Menschen. Wir haben limitierende Faktoren, Infektionsgeschehen, Quarantäneregelungen, Einreisebestimmungen usw. Ich glaube, dass wir auch der Frage der verhaltenen Reiselust in diesen Zeiten Aufmerksamkeit schenken müssen und uns überlegen müssen, wie kann man da kommunikativ gegensteuern. Das heißt, wie können wir aus Ihrer Sicht, das frage ich allgemein in die Runde, kommunikativ etwas gegen die verhaltene Reiselust tun.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke schön, Herr Tressel. Dann haben jetzt die Sachverständigen wieder das Wort. Ich darf Sie bitten, sich möglichst kurz zu fassen, nicht weil wir uns nicht für die Antworten interessieren, sondern weil die Kollegen und ich in 20 Minuten zu einer namentlichen Abstimmung müssen. Ich danke Ihnen für Ihr Verständnis. Dann darf ich als erstes Frau Budde das Wort erteilen.

**Anke Budde** (asr): Zunächst möchte ich auf die Soforthilfe und welche Änderungen wir uns wünschen eingehen. Wir brauchen die Änderung dahingehend, dass auch Mitarbeiter- und Unternehmergehälter von der Soforthilfe bestritten werden können. Wir haben es schon eindrücklich erklärt. Wir können die Mitarbeiter zum Teil nicht in die Kurzarbeit schicken, denn wir sind immer noch mit Stornierungen und Rückzahlungen beschäftigt, haben aber dennoch keine Einnahmen. Es wäre eine große Bitte an die Politik, das hier mit aufzunehmen.

Die zweite Frage von Herrn Müller-Böhm, wer auf den Fonds zugreifen darf. Wir haben gemeinsam mit vielen Verbänden ausgearbeitet, dass wir nicht nur die Pauschalreise hier bedenken, sondern dass wir auch Ferienhäuser, Bustouristik, Camping, Hotellerie und auch die Mietwagen- und Parkplatzanbieter bedenken. Wir kommen insgesamt aktuell auf eine Summe von 11,5 Milliarden Euro. Ich denke, wenn wir mit 15 Milliarden Euro in den Fonds reingehen, sind wir alle auf der sicheren Seite. Es ist einfach wichtig, dass hier alle berücksichtigt werden, denn auch die Ferienhausanbieter können nicht doppelt vermieten und dasselbe gilt auch für Camping.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke, Herr Buller bitte.

**Michael Buller** (VIR): Ich glaube, ich kann die Fragen von Herrn Müller-Böhm und Herrn Tressel gemeinsam beantworten. Die Pauschalreiserichtlinie hat zwei Leistungen, die man paketierte. Vor der Pandemie war eigentlich unser Risiko immer der September-Case. Das heißt, ein Veranstalter hat im September sozusagen das meiste Geld einkassiert. Dann musste er die großen Rechnungen bezahlen und dann geraten die meisten Unternehmen, die nicht richtig wirtschaften, in Schwierigkeiten. Jetzt haben wir eine Situation, in der wir Ende Februar zu einem kompletten Jahresstillstand gekommen sind. Das ist weder in einer Pauschalreiserichtlinie vorgesehen noch war das eigentlich in den Modellen irgendein Case. Keiner von uns hatte die Idee, dass es jemals einen kompletten Lockdown geben würde. Der Vorschlag, der zur Kundengeldabsicherung vorlag, und da waren wir uns mit dem DRV sehr einig, war ein Modell, bei dem wir gesagt haben, wir nutzen ein wenig das holländische Modell, bei dem die Bonität eine Rolle spielt und die Absicherung durch eine Versicherung oder Geldeinlagen erfolgt.

Wenn man den Fall heute sieht, dann hätte die TUI damals zum Beispiel etwa eine halbe Milliarde absichern müssen. Das hätte wahrscheinlich auch für den September-Case gereicht. Nur, wir haben jetzt einen Februar- oder März-Case und da reden wir von mindestens einer Milliarde Euro, die die TUI absichern müsste. Da wissen wir, das kriegen wir so nicht mehr hin. Deswegen glaube ich, muss man wirklich darüber nachdenken, wie die Absicherung aussieht. Ich glaube, dass wir eine Kundengeldabsicherung nicht mehr alleine in einem separaten System hinbekommen, sondern dass das ein Staatstopf ist, in den alle einen bestimmten Prozentsatz einzahlen und in den auch die Einzelleistungen hineinkommen, weil wir jetzt feststellen, auch die Einzelleistungen haben in Februar-Case genau dieselben Probleme und auch in entsprechenden Höhen. Deswegen gehören diese meiner Ansicht nach mit hinein. Das könnte man von Beginn dann auch so machen. Wie man den Fall der Bonität dort hineinbringt, dazu ist mir noch nichts Schlaues eingefallen. Denn es spielt eine Rolle, wie sich Unternehmen in einem Markt



benennen und kalkulieren. Man will auch nicht dafür sorgen, dass die, die wild kalkulieren, dann genauso behandelt werden wie die, die immer ordentlich kalkulieren. Das ist also noch die Frage, wie man das in einen Staatsfonds für die Kundengeldabsicherung hinein bekommt.

Bei der Pandemie ist es im Prinzip derselbe Punkt. Die Gesetze, die wir jetzt haben, sind für Einzelfälle ausgelegt. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir die Pauschalreiserichtlinie daraufhin anpassen, dass eine ganze Branche aufgrund einer Pandemie lahmgelegt wird. Da sehe ich Fragen wie: Was machen wir mit Betrieben, die bereits Kosten hatten in dem Fall? Müssen die wirklich 100 Prozent zurückzahlen? Ist dann die 14-Tage-Rückzahlungspflicht überhaupt ein realer Case?

Zu den Provisionszahlungen, die Sie angesprochen haben, will ich kurz etwas sagen. Wir haben eigentlich ein funktionierendes HGB und wir haben oft einen Handelsvertreterstatus bei den Leistungen. Eigentlich wäre es klar, wann der Zahlungsfluss stattfinden muss. Nur leider haben die Betriebe andere Regelungen vereinbart und ich glaube, das müssen die Unternehmen selber regeln, wie sie dem HGB konform die Provisionsauszahlungen mit Erbringen der Leistung auch sicher haben. Das ist noch eine Vereinbarung, die die Betriebe mit ihren Veranstaltern aushandeln müssen. Da brauchen wir nicht den Staat, sondern das ist eine Vereinbarung zwischen den Unternehmen und den Handelsherren.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke Herr Buller, Herr Esser bitte.

**Benedikt Esser** (RDA): Frau Kassner, Sie haben gefragt, was kann der Ausschuss leisten, um hier weiterzukommen. Vergessen Sie für einen Moment Ihr Parteibuch, Ihre Parteizugehörigkeit. Die Krise ist viel zu bedeutend als dass man sie parteipolitisch noch in irgendeiner Art und Weise bewerten muss. Es ist vollkommen klar, der Mittelstand in der Tourismuswirtschaft geht zu Grunde. Und wenn Sie sich das nicht auf die Fahne schreiben wollen, dann müssen Sie jetzt kämpfen, gehen Sie gemeinsam auf Olaf Scholz zu. Sie haben eben mitbekommen, das Deutsche Jugendherbergswerk

braucht Fakten. Wie sollen die Jugendherbergen überleben, wenn die Busse verschwinden? Sind die Busse nicht mehr da, reißt die Kette ab. Wir verbinden Wertschöpfungsketten. Ich bitte alle Fraktionen, stellen sie Parteipolitik zurück, gehen Sie aufeinander zu und retten Sie, was zu retten ist.

Es wurde gefragt, was ein neues Programm leisten muss. Das muss vor allen Dingen schnell gehen. Sie haben die Kontonummern beim Finanzamt, da buchen Sie ab, da können Sie auch zubuchen, arbeiten Sie mit Abschlägen, füttern Sie die Firmen jetzt an. Das geht anders nicht, das braucht Geschwindigkeit. Machen Sie eine Nachschau, sorgen Sie für einfache Regelungen und dann raus mit dem Geld, denn das ist das Hauptproblem.

Bei dem Programm, das aktuell im Gespräch ist, denken Sie an die verbundenen Unternehmen. Denken Sie daran, dass wir in der Bus- und Gruppentouristik häufig den Busreiseveranstalter getrennt haben von der Vertriebsorganisation, getrennt haben vom Busbetrieb. Das hat ganz viele Gründe, die will ich nicht alle aufzählen, so dass sie drei, vier GmbHs haben. Wenn Sie jetzt nur ein Unternehmen in die Lage versetzen an einer solchen Hilfe teilzunehmen, dann werden die anderen drei dieses Unternehmen irgendwann auch mit in den Abgrund ziehen. Das heißt, Sie sollten den Unternehmensverbund gleichstellen zu der GmbH oder zu der GmbH & Co KG oder welche Form es auch hat, damit wir an die Maximalgrenzen kommen können, egal wie wir in den Betrieben strukturiert sind.

Wichtig ist auch noch, wir haben einen großen, leistungsfähigen Mittelstand, der auch mit den kolportierten Beträgen von maximal 50.000 Euro nicht überleben kann. Man sollte überlegen, dass man eine zusätzliche Förderung einbaut für 4, 5, 6 Jahre, die dann mit den Gewinnen, die dann hoffentlich wieder stattfinden, verrechnet wird. Wir brauchen mehr Geld für einige Unternehmen. Wir wollen keine Geschenke, wir wollen uns nicht bereichern, wir wollen einfach nur weitermachen.

Zum Schluss, der Flickenteppich muss beim Bus weg. Wir können nicht an der Landesgrenze zwischen Hessen und Nordrhein-Westfalen die



Hälfte der Gäste rausschmeißen, weil irgendwelche anderen Regeln gelten. Das muss der Bund in die Hand nehmen. Wir sind in der Krise, da muss zentralistischer gearbeitet werden. Da ist Föderalismus, so hoch wie wir den immer halten, einfach total schlecht, der bringt es hier nicht. Hier muss zentral gehandelt werden, dafür müssen Sie sich einsetzen.

Wir brauchen auch Konjunkturimpulse. Wir reden hier bei Bus- und Gruppentouristik über umweltfreundliche, umweltklimaschützende Reisen. Wenn die Bahn 7 Prozent bekommt, müssen wir das auch bekommen. Das ist auch wichtig, damit die Firmen sich nachhaltig erholen. Das ist ein Tiefschlag mit Corona. Sie wollen, dass sich die Busse erholen, dann müssen Sie auch das Thema Mehrwertsteuer anpacken und anders als bei der DEHOGA. Ich finde es auch schrecklich, dass hier befristet wird. Das sind alles wichtige Leistungen, die wir mit drei Millionen Beschäftigten erbringen. Hier muss diese Steuer dauerhaft gelten. Machen Sie die Firmen fit und stark. Es geht um unser Land, es geht darum, dass wir unsere Gäste begrüßen. Denken Sie an unsere Geschichte und nun einfach ran.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke, als nächstes Herr Hakelberg.

**Frank Hakelberg** (DSB): Frau Hiller-Ohm, Sie haben gesagt, dass Sie eine Menge Forderungen nach unterschiedlichen Rettungsschirmen auf dem Tisch haben und ob wir uns eine einheitliche Betrachtungsweise vorstellen können. Jeder von uns in dieser Runde ist verpflichtet, für seine Mitglieder das Maximale rauszuholen und auf sich aufmerksam zu machen. Das gilt insbesondere auch für die Schausteller. Wir beherbergen nicht, wir befördern nicht, wir schaffen aber anders Anreize für Tourismus. Wir haben die Belange unserer Branche in einem Konzept dargestellt. Was uns eint ist, wir sind alles stillgelegte Branchen, wir haben totalen Umsatzausfall, wir haben nicht nachholbare Umsätze bei weiter laufenden Kosten und es müssen Zuschüsse sein, es können keine Kredite sein, damit würde man die Insolvenzen nur vertragen. Wie man das am Ende nennt, ist uns egal. Es kann ein Tourismusschirm sein, es kann ein

Kulturschirm sein. Hauptsache es geht schnell.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke Ihnen, als nächstes Herr Holtmeier.

**Jörn Holtmeier** (AUMA): Auch ich möchte auf die Frage von Frau Hiller-Ohm antworten. Ich schließe mich meinem Vorredner an. Wir werben natürlich alle für unsere Branche und da sollten wir die nicht vergessen, die vielleicht nicht immer so im Rampenlicht stehen. So wie Messebauer, Messedienstleister, Messeveranstalter unabhängig von ihrer Eigentümerstruktur, ob privat oder anders aufgestellt.

Das müssen jetzt nicht 20 oder 25 Schutzschirme sein, sondern es reicht, wenn es eine gute Idee gibt, die diese Kriterien abbildet, die auch von meinem Vorredner genannt worden sind, nämlich Null-Umsatz, Umsatzausfälle seit März, was bei dem Ökosystem Messe gegeben ist. Es sind auch viele Kolleginnen und Kollegen aus Hotellerie, Gastronomie und so weiter dabei. Es ist schon schwierig mit der Trennschärfe, wer fiktiv unter welchem Schutzschirm sein soll. Da geht es uns darum, wie ich vorhin auch gesagt hatte, dass eine Zuwendung nach nachvollziehbaren Kriterien erfolgt, um dieses Ökosystem, diese Struktur, die wir hier gerade im Bereich Messe haben, zu erhalten. Von den 15 größten Messegesellschaften der Welt kommen 7 aus Deutschland. Wir haben einen absoluten Wettbewerbsvorteil, wir sollten den jetzt aktiv so gestalten, dass wir den auch in Zukunft haben.

Der letzte Punkt betrifft Konjunkturimpulse. Es gibt internationale Messeplätze, die ihre Aussteller entsprechend belohnen, wenn sie bei ihnen ausstellen und Teile der Standflächen oder des Standaufbaus bezuschussen. Das sollten wir uns auch nochmal genau anschauen, ob man jetzt mit Blick auf das Konjunkturpaket hier einen Impuls setzen kann, der sehr zielgenau ist und der dann auch hilft. Findet eine Messe statt, dann finden auch Übernachtungen, ein Abendessen und auch ein Transport mit dem Bus statt.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke, als nächstes Herr Inger.



**Dirk Inger** (DRV): Frau Hiller-Ohm, ich versuche nochmal eine Erklärung, was es mit diesem Kreditfonds auf sich hat. Folgende Situation, Reisen mussten storniert werden aufgrund der weltweiten Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. In einem ersten Schritt...

Abg. **Gabrielle Hiller-Ohm** (SPD): Herr Inger, das weiß ich. Das habe ich verstanden. Meine Frage war, ob das das richtige Instrument ist, weil mit diesem Fonds die Rückzahlungsforderungen für die nicht geleisteten Reisen erfüllt werden sollen. Aber die Kundinnen und Kunden haben doch einen Anspruch auf Rückerstattung innerhalb von 14 Tagen. Alle, die jetzt sofort ihr Reisegeld zurückerstattet bekommen wollen, haben einen gesetzlichen Anspruch darauf. Meine Frage ist, ob ein Fonds in diesem Fall schnell helfen kann.

**Dirk Inger** (DRV): Es müssen derzeit noch 5,9 Milliarden Euro von Reiseunternehmen an Kunden zurückgezahlt werden. Nur ein kleiner Teil akzeptiert diese Gutscheine. Das heißt, es sind noch etwa 4,7 Milliarden Euro zurückzuzahlen. Wenn die Unternehmen das jetzt alles zurückzahlen, sind sie alle pleite. Wir können das am Beispiel eines einzigen Unternehmens sagen, ohne es zu nennen. Das ist ein mittlerer Reiseveranstalter, der hat dieses Jahr 9 Millionen Euro an Einnahmen erzielt und hat 59 Millionen Euro Rückzahlungen geleistet. Also 9 Millionen Einnahmen, 59 Millionen zurückgezahlt und es kommt kein frisches Geld in die Kasse, weil es eine weltweite Reisewarnung gibt und das führt zu einem Liquiditätsengpass. Deswegen muss man die Liquidität der Unternehmen sicherstellen, das geht über einen Kreditfonds. Der Vorteil ist, das kostet den Steuerzahler nicht viel Geld, denn dieses Geld müssen die Reiseunternehmen zurückzahlen.

Man könnte auch sagen, man will den Unternehmen das alles schenken, aber das ist nicht unsere Forderung, sondern wir möchten, dass es ein Kredit ist. Wenn im nächsten Jahr Reisen stattfinden, dann haben die Unternehmen Zeit, diese Gelder wieder zurückzuzahlen, denn sie erhalten ja auch Leistungen für die Anzahlungen an Flugtickets und Hotels, die sie geleistet haben.

Deswegen braucht es nach unserer festen Überzeugung diesen Kreditfonds. Der alleine reicht aber nicht, sondern wir brauchen zusätzlich auch Zuschüsse, um die Zeit zu überbrücken bis das Reisen wieder losgeht. Zuschüsse für die entgangenen Umsätze, weil die Kosten laufen weiter und diese Kosten müssen ersetzt werden. Das ist der Ansatz, der dahinter steht und das kann man, glaube ich, sehr gut begründen und nachvollziehen.

Zu der Frage von Herrn Neumann, ich glaube, dass es keinen großen Unterschied zwischen dem BTW- und dem DRV-Modell gibt. Das DRV-Modell ist vielleicht etwas steuergroschenschonender.

Der BTW sagt „Macht einen großen Gesamtpf, da gibt es dann Zuschüsse für alle“. Ja das hilft auch, es kostet wahrscheinlich deutlich mehr Geld. Wenn Sie das machen wollen, sagen wir „Hurra“. Wir freuen uns sehr über jeden zusätzlichen Euro, den wir erhalten können. Wir würden aber als Unternehmer, die ihr Geschäft verstehen, sagen, einen Teil wollen wir als Kredit haben, den zahlen wir auch wieder zurück an den Staat und nur für diese Ausfallzeit, in der wir kein Geschäft machen konnten, weil das Auswärtige Amt gesagt hat, es gilt eine weltweite Reisewarnung, für diese Zeiträume brauchen wir Zuschüsse. Das gilt übrigens auch für touristische Dienstleister und weitere Unternehmen. Damit können wir das Gesamtsystem erhalten. Deswegen ist Liquidität plus Zuschüsse wichtig.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank Herr Inger, dann darf ich das Wort Herrn Kunz erteilen.

**Norbert Kunz** (DTV): Ich möchte die Frage von Frau Damerow zu den Erfahrungen mit dem Soforthilfeprogramm beantworten. Die Investitionsbank konnte ihr Personal gut einsetzen und es ist hervorragend gelaufen, das muss man auch nochmal mit großem Dank an alle Kolleginnen und Kollegen der Investitionsbanken der Länder weitergeben. Das Antragsverfahren war sehr leicht, teilweise nur eine Seite lang. Das Geld ist teilweise innerhalb weniger Tage geflossen.



Das Problem besteht aber darin, dass es eine Lücke im Bereich der Soforthilfen für die Gruppe der Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten gibt und dass es noch Lücken gibt, selbst bei den Kleinstbetrieben, Stichwort Pensionen und Ferienwohnungen.

Zweites Thema, Frau Hiller-Ohm vielen Dank für die Frage, ob das nicht eine Aufgabe für den DTV wäre. Die ganze Branche arbeitet intensiv seit Wochen an den Hygienekonzepten. Alleine auf unserer Internetseite und sicherlich auf allen Seiten der Verbände kann man sich die Hygienekonzepte anschauen. Sie sind bundesweit aktuell, nur wir haben das Problem, Herr Esser hat noch einmal drauf hingewiesen, dass an den Landesgrenzen teilweise andere Regelungen gelten und da sind uns dann auch die Hände gebunden. Mecklenburg-Vorpommern hat andere Regelungen als andere Bundesländer, teilweise werden die Konzepte der Branche übernommen, teilweise werden extra Konzepte gemacht, es sind große Unterschiede vorhanden.

Die Frage von Frau Kassner, was der Ausschuss tun kann. Fordern auch Sie einen Tourismuspipfel. Tourismus ist eine nationale Aufgabe und muss Chefsache sein.

Herr Tressel, ich bin Ihnen sehr dankbar für die Frage nach den Kommunen. Allein zwölf Milliarden Gewerbesteuerausfälle beziffert Olaf Scholz für dieses Jahr. Da bekommt man einen kleinen Vorgesmack darauf, was nächstes Jahr für den Tourismus in den Kommunen droht. Stichwort Infrastrukturinvestition, Investition in die regionale Tourist-Information.

Wir haben schon eine erste Nachricht von der Schließung einer Tourist-Information vor Ort. Es gibt Haushaltssperren, entweder sie sind schon da oder sie kommen noch. Tourismus ist auf kommunaler Ebene eine freiwillige Aufgabe, da machen wir uns wirklich sehr große Sorgen. Gerade weil Sie auch richtigerweise sagten, die kommunale Ebene hat in die Hygienekonzepte investiert, es braucht also eigentlich mehr Geld als weniger. Insofern ist das ein ganz zwingender Punkt, den kommunalen Rettungsschirm jetzt auf den Weg zu

bringen.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Danke, Frau Linnhoff.

**Marija Linnhoff** (VUSR) Zum Vorschlag vom 25. Mai. Uns ist sehr daran gelegen, dass es einen nachhaltigen Fonds zur Kundengeldabsicherung gibt und wir haben uns am Dänemark-Modell orientiert. Da gibt es den Reisegarantiefonds, in den sowohl Veranstalter als auch Verbraucher einzahlen müssen. Verbraucher sind gerne dazu bereit. Das ist jetzt Zukunftsmusik, das muss man sich mal überlegen, wenn das Reisen wieder boomt.

Nochmal zum Fonds so wie er jetzt gebraucht wird. Es wird von der Bundesregierung eine Summe „x“ in den Fonds gepackt, aus diesem Fonds werden Kundengelder an die Veranstalter und die Provisionen an die Reisebüros ausgekehrt. Dadurch bleiben die Reiseveranstalter liquide und die Reisebüros erhalten die Provisionen für ihre Arbeit. Anfangs haben wir gesagt, warum sollen wir zurückzahlen, wir haben ja gearbeitet. Aber man muss das Ganze auch mal realistisch sehen. Wir sind eine Branche und irgendwie muss das Geld an den Kunden auch zurückgezahlt werden. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass auch Reisebüros ihren Beitrag leisten, aber nur unter der Voraussetzung, wenn Soforthilfen und Provisionen ausgezahlt werden, wir nur eine der beiden Leistungen zurückzahlen müssen. Es müsste etwa 0,5 bis ein Prozent vom Gewinn gezahlt werden, so würde dieser Fonds wieder sukzessive aufgebaut.

Es ist mir egal, welchen Fonds man jetzt nimmt, Hauptsache das Geld kommt. Alle partizipieren davon und dann muss es sukzessive zurückgezahlt werden. Es ist schrecklich, wir haben gearbeitet und verdienen kein Geld. Aber wir müssen über einen Zeitraum dann sukzessive zurückzahlen, so dass die Bundesregierung quasi eine Zwischenfinanzierung macht. Wir sind keine Bettler, Herr Esser hat das ja auch schon gesagt. Wir wollen einfach weiter existieren. Deswegen waren wir Reisebüros auch bereit, unseren Anteil zu leisten. Ich glaube, und das muss man hier mal sagen, der volkswirtschaftliche Schaden trifft nicht nur unsere Branche, er ist immens. In meiner Wahrnehmung



versucht die Bundesregierung ihr Bestes, nur leider hat sie die vielfältigen Zusammenhänge oder die Vielfältigkeit und die Komplexität der Tourismusbranche unterschätzt. Hier gibt es nicht nur Deutschlandtourismus, hier gibt es eben auch Outgoing-Tourismus. Meine Damen und Herren, am Outgoing-Tourismus hängen auch 800.000 Arbeitsplätze! Wir reden von Deutschland und Incoming, schauen Sie sich die Busveranstalter an, Herr Esser hat das eben auch gesagt. Die muss man auch berücksichtigen.

Das Nächste ist die Soforthilfe, die schon geflossen ist. Ich kann wieder nur für uns reden, das mag an den Strukturen der Reisebüros liegen, das hat sehr gut funktioniert. Sie war bei einigen Büros ein Tropfen auf den heißen Stein, wenn jemand vorher Fixkosten in Höhe von 15.000 Euro hat, dann nutzt ihm auch keine 15.000 Soforthilfe. Aber man lernt ja und bei der jetzigen Soforthilfe berücksichtigt das Eckpunktepapier auch die Gehälter. Das ist wunderbar.

Abschließend komme ich noch zu der Frage nach Verhalten und Reiselust. Die Kunden kommen in die Büros und fragen explizit, wann sie wieder Reisen können. Ich hatte erst jetzt wieder Nachbarn, die sagten, ich will mit dem Bus nach Cochem fahren, ich habe schon letztes Jahr gebucht. Nur was Herr Esser eben sagte, wenn ich zwar in Nordrhein-Westfalen fahren darf, aber nicht in Rheinland-Pfalz, dann kann ich auch nicht nach Cochem fahren.

Ich finde es ist wichtig, dass wir einheitliche Standards schaffen. Die Reiselust ist da, aber das hat Herr Buller eben so schön gesagt, einige Player versuchen immer, alles so schön auf die Politik abzuschieben.

Jetzt komme ich zu Frau Kassner. Sie haben schon sehr viel getan. Wir haben auch brancheninterne Probleme, die branchenintern besprochen werden müssen, das ist ganz wichtig. Das brauchen wir auch nicht im Rahmen einer Telefonkonferenz oder Videokonferenz bei der Politik zu machen.

Frau Kassner, Herr Tressel, Herr Dr. Klinge und Herr Lehrieder haben schon viel gemacht, finde ich. Sie haben Druck aufgebaut, weiter so! Nach meinem Kenntnisstand blockiert hier ganz konsequent die SPD. Frau Hiller-Ohm, bitte verbessern Sie mich, wenn ich falsch informiert sein sollte.

Abg. **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD): Das stimmt so nicht!

**Marija Linnhoff** (VUSR): Das stimmt sehr wohl!

Abg. **Gabriele Hiller-Ohm** (SPD): Werden Sie jetzt nicht unsachlich!

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Bitte beruhigen Sie sich und klären Sie Ihre unterschiedlichen Ansichten in aller Ruhe bilateral.

Dann darf ich das Wort an Herrn Rabe weitergeben und nochmal die dringende Bitte an Herrn Rabe, Herrn Schmitz und Herrn Zöllick, sich kurz zu fassen. Ich weiß es ist unfair, aber in zwei Minuten beginnt eine namentliche Abstimmung. Meine Kollegen und ich sollen daran teilnehmen und deswegen bitte ich Sie um kürzere Beiträge.

**Michael Rabe** (BTW): Dann in aller Kürze. Herr Neumann, es gibt keine Widersprüche zwischen einzelnen Fonds-Modellen. Es ist wichtig, dass es hier um die Ersthilfen geht und um das, was nach der Krise kommen soll, die ganzen konjunkturbelebenden Maßnahmen, die für weite Teile der Wirtschaft aktuell diskutiert werden.

Wir reden bei unserem Fonds von einem Sonderfonds, wenn Sie so wollen, der den Branchen, nicht nur der Tourismusbranche, sondern allen beteiligten Branchen letztlich dienen soll, die durch staatliche Vorgaben an der Ausübung ihres Geschäftsmodelles im Sinne des Geschäftes, das sie vor Corona hatten, gehindert oder eingeschränkt werden. Das nur zu dieser Fragestellung.

Zur Frage nach den Gutscheinelösung und nach dem Fonds. Hier geht es um die Finanzierung von





Kundengeldforderungen und das ist eine ganz andere Sache. Die beiden sind nicht in Verbindung zu bringen.

Mein Schlusswort, machen Sie der Bundesregierung und den anderen Parlamentariern bitte deutlich, wie systemrelevant die Tourismuswirtschaft ist und zwar im Hinblick auf den Arbeitsmarkt. Wir haben drei Millionen meist gering qualifizierte Arbeitnehmer, die ein komplettes Segment zu den Industriearbeitern darstellen. Da haben wir auch in der Fläche eine besondere Relevanz. Das macht eine besondere Schutzwürdigkeit unseres Segmentes aus.

Das andere ist die sozial-kulturelle Bedeutung unserer Branche, die nicht zu unterschätzen ist. Wenn diese Infrastruktur zusammenbricht, dann ist das nicht nur ein ökonomischer Verlust, sondern ein soziologisch-kultureller von enormer Tragweite.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Vielen Dank, Herr Schmitz.

**Julian Schmitz** (DJH): In Anbetracht der Zeit springe ich gleich zum wichtigsten Punkt, was Sie als Tourismusausschuss tun können.

Punkt Nummer eins, verhindern Sie bitte, dass bei den Beratungen, die jetzt gerade stattfinden, Ping-Pong zwischen Bund und Ländern gespielt wird. Es muss eine klare Positionierung seitens des Bundes geben, hier übergeordnet zu helfen. Wir erleben immer wieder, dass auf Landesebene darauf verwiesen wird.

Punkt Nummer zwei, wir brauchen dringend Zuschüsse und wir brauchen ganz dringend eine Gleichstellung aller Geschäftsformen, unabhängig ob GmbH, gemeinnützig oder Verein. Da kann ich mich meinem Vorredner nur anschließen, wir müssen hier eine Gleichstellung schaffen, weil ansonsten kommt es dazu, dass beispielsweise nur wirtschaftliche Geschäftsbetriebe eines Hauses berücksichtigt werden können und die machen fünf Prozent aus und fünf Prozent Finanzierung

hilft nicht weiter.

Letzter Punkt dazu, bitte setzen Sie sich dafür ein, dass mit dem Thema Klassenfahrten und Jugendreisen maßvoll umgegangen wird, dass nicht eine pauschale Absage aller Jugend- und Klassenreisen bis zu einem bestimmten Zeitpunkt kommt, sondern dass auch darauf geschaut wird, dass es regionale Unterschiede gibt und wir immer bereit sind, ich glaube, da spreche ich für die gesamte Branche, auch Lösungen zu finden, was bei Stornierungen passiert. Wir möchten hier niemanden im Regen stehen lassen.

Unter der Prämisse, setzen Sie sich bitte dafür ein, dass gewisse Strukturen vielleicht auch neu gedacht werden, denn das ist jetzt die Zeit und der Zeitpunkt mit neuen guten Lösungen eine Branche zu unterstützen, die es unglaublich nötig hat, vielleicht deutlich nötiger als unsere schwer gebeutelte Autoindustrie.

Vors. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Ich danke Ihnen, Herr Zöllick.

**Guido Zöllick** (DEHOGA): Zwei Dinge. Zum einen das Eckpunktepapier zum Rettungsfonds. Herr Rabe hat es eben schon so schön gesagt. Es geht hier um die besonders betroffenen Branchen. Dazu zählt der Tourismus insbesondere mit seiner gesamten Vielfalt, aber auch andere. Insofern Frau Hiller-Ohm, das ist nichts, was wir jetzt für uns allein einfordern, sondern das ist etwas, was der gesamten Wirtschaft, die jetzt besonders betroffen ist, Unterstützung geben soll.

Frau Damerow, Sie hatten nach den besonderen bürokratischen Hürden gefragt. Vielleicht vier Punkte, die Sie mitnehmen können:

Der Erste ist, die Begrenzung auf 249 Mitarbeiter muss dringend fallen. Große wie kleine Betriebe haben die gleichen Sorgen und Nöte.

Der Zweite ist, es müssen auch Unternehmen, die in einem Verbund sind, einzeln bewertet werden. Es kann nicht sein, dass jemand, der ein zweites



Restaurant mit einer eigenen GmbH aufgemacht hat, deswegen bestraft wird. Wenn er einmal von dem Rettungsfonds betroffen ist, dann muss er auch für das zweite Unternehmen, das genauso leidet ebenfalls Unterstützung bekommen.

Der Dritte ist, die Förderhöhe von 50 000 Euro ist gelinde gesagt lächerlich. Wir reden in Deutschland von ganz anderen Summen. Wenn Sie sich vorstellen, was ein Restaurant in der Einkaufsstraße an Mieten und Pachten bezahlt, dann ist das keine Unterstützung, wenn man es in dieser Größenordnung deckelt.

Ein vierter Punkt, bürokratisch wird das Ganze dann, wenn wir uns dieses Eckpunktepapier durchlesen und dann feststellen, dass die Hinzuziehung eines Steuerberaters notwendig ist, um das alles nachzuweisen. Dann wissen wir, das wird viel zu lange dauern. Es ist mehrfach angeklungen, wir haben keine Zeit. Wir haben keine Zeit zu verlieren, wir müssen die Unternehmen jetzt in den nächsten zehn Tagen retten und deswegen unbedingt ganz schnell handeln, gegebenenfalls mit entsprechenden Abschlüssen, die Sache über die Finanzämter vor Ort regulieren, nicht über die KfW oder ähnliche Banken. Das ist unser Vorschlag, damit das Ganze unbürokratisch und ganz schnell wirkt und das für alle betroffenen Bereiche, die wir hier gehört haben.

Vors. **Sebastian Münzenmaier (AfD)**: Danke Herr Zöllick. Ihnen allen nochmal ganz herzlichen Dank für Ihre Informationen, für die ausführlichen Erklärungen, aber auch für die eindringlichen und emotionalen Hinweise, die es gab. Ich glaube, ich spreche im Namen des gesamten Ausschusses für Tourismus, wenn ich Ihnen persönlich, aber auch der gesamten Branche nur das Beste wünsche. Ich kann Ihnen auch zusichern, dass wir als Tourismusausschuss einer der Ausschüsse sind, der sich fraktionsübergreifend wirklich für Sie einsetzt. Wir alle freuen uns, wieder reisen zu dürfen. Wir freuen uns auch, wieder über ein Volksfest schlendern zu können und wir freuen uns auch darauf, wenn wir wieder in einem Biergarten sitzen dürfen, vielleicht ohne Maske und bei Sonnenschein ein gutes Essen und ein gutes Getränk genießen können. In diesem Sinne wünsche ich einen

schönen Abend und viel Erfolg Ihnen allen weiterhin, Ihren angegliederten Betrieben und Unternehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wir die gewohnte Normalität bald wieder erreichen können. Vielen Dank und alles Gute.

Schluss der Sitzung: 17:05 Uhr

gez.  
Sebastian Münzenmaier, MdB  
**Vorsitzender**

# Positionspapier

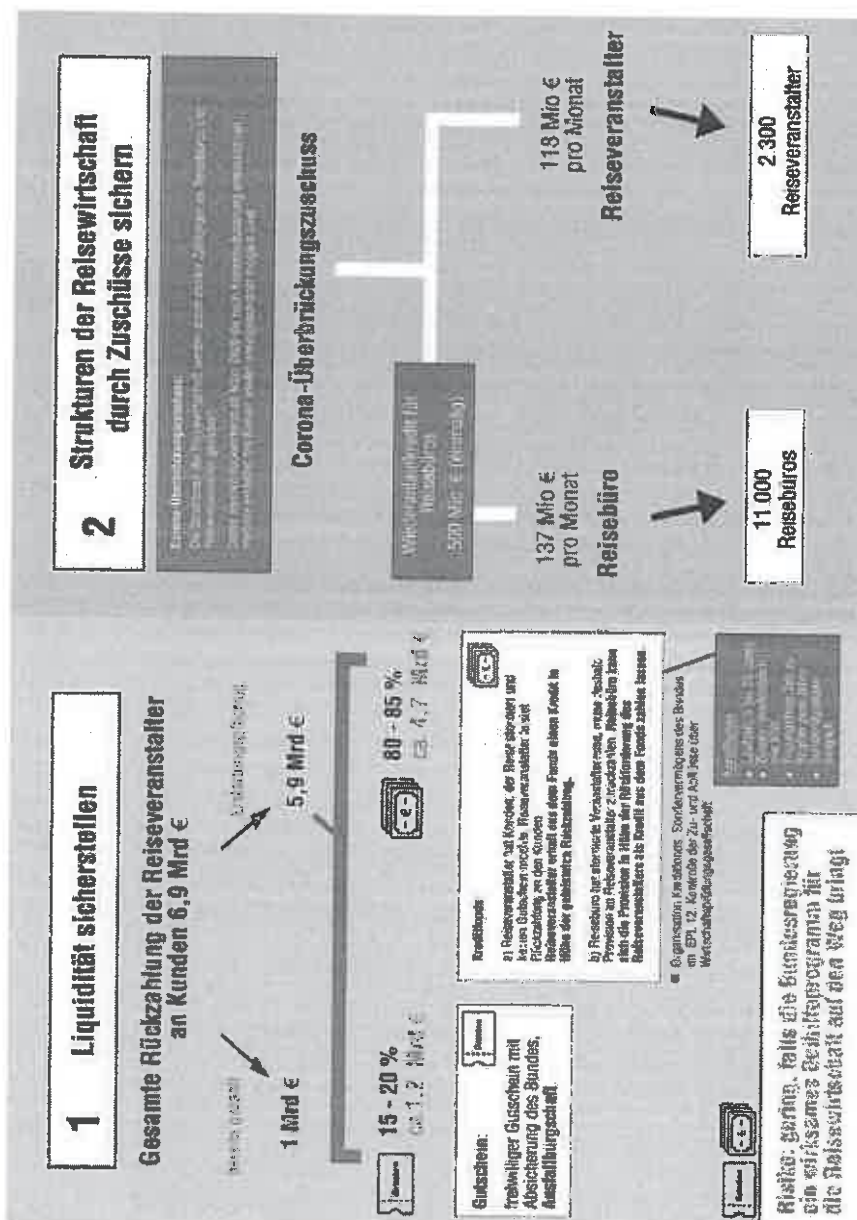
Deutscher Reiseverband e. V.  
German Travel Association

Lietzenburger Straße 99  
10707 Berlin  
Deutschland

T +49 30 28406-0  
E info@drv.de  
W drv.de

## LÖSUNGSANSATZ DER REISEWIRTSCHAFT ZUR SICHERUNG DES FORTBESTANDES VON REISEBÜROS UND REISEVERANSTALTERN

Datum  
27. Mai 2020



# VUSST

## Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros

Iserlohn 25. Mai 2020 ML/rok

### Die Kuh ist noch nicht vom Eis!

Sehr verehrte Bundespolitikerinnen und Bundespolitiker,  
sehr geehrte Ausschussmitglieder und Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

mit der vom BMJV am 20.05.20 erklärten Absicht, freiwillige Reisegutscheine von der bereits geltenden gesetzlichen Insolvenzversicherung nach § 651r BGB zu erfassen, ist ein erster Schritt zur Abmilderung der Folgen der COVID-19 Pandemie für die Pauschalreisebranche getan. In erster Linie stärkt dies die Verbraucherinnen und Verbraucher und eine Zahl großer Reiseveranstalter, die zudem über ausreichend Finanzmittel verfügen oder diese zur Verfügung gestellt bekommen. **Das ist nicht schlecht, stellt aber eben nicht die Hilfe für die gesamte Branche dar!**

**Über 100.000 Inhaber und Mitarbeiter der mehr als 10.000 – zumeist unabhängiger selbstständiger – Reisebüros (KMU), warten noch auf eine, der Stärke des deutschen Staats würdige Hilfe.** Feilschen um die Höhe des Preises mag auf dem Basar unterhaltsam sein und zu den Gepflogenheiten dort zu gehören. Auf Menschen, die bei eigener Perspektivlosigkeit noch unentgeltlich das Reiseveranstalter-Krisenmanagement als vertrauensschaffende Maßnahme vor Ort leisten, wirkt dieses Geschacher geradezu entwürdigend!

Wir appellieren an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die sie tragenden Fraktionen, endlich und umfänglich aktiv zu werden und fordern konkrete Hilfsprogramme, die als eine spezifische Lösung für die Reisebüros – u.a. unter Berücksichtigung bereits erhaltender/zu erhaltenden Provisionen – wirksam werden und deren besonderen Bedürfnisse/Notwendigkeiten abdecken:

#### 1. Die Installation des Deutschen Reise-RettungsFonds #DRRF (aktualisierte Kurzfassung anbei)

Viele abgesagte und noch abzusagende Reisen können durch einen freiwilligen, staatlich gesicherten Gutschein ausgelöst werden. So reduziert sich die zunächst angenommene Fondshöhe nun voraussichtlich auf 8 Mrd. Euro. Als Vertretung vieler Tausend Reisebüros geht es uns - neben der Auskehrung der Kundengelder an die Verbraucherinnen und Verbraucher - im besonderen um die **Weitergabe/Belassung der Provisionen für abgesagte und noch abzusagenden Reisen** an die Reisebüros als **Soforthilfe in Höhe von ca. 700 Mio. Euro** und die konkreten Rückeinlagen in den Fonds durch die Reiseveranstalter (u.a. aus neugebuchten Reisen). **Denn Reisebüros verzeichnen Verluste bereits auch für Arbeit aus sechs Monaten vor Ladenschließung.**

Stand 25.05.20 ergeben sich noch offene Verpflichtungen zur Rückzahlung zum 30.06.2020:

Pauschalreise (inkl. Kreuzfahrt und Bestouristik)	€3,6 Mrd.
Provisionen	€0,7 Mrd.
Fluggesellschaften in Deutschland	€2,2 Mrd.
Sonstiges (Einzelleistungen wie Hotels, Mietwagen, etc.)	€1,5 Mrd.
<b>Gesamtsumme auszukehrender Kundengelder</b>	<b>€8,0 Mrd.</b>

#### 2. Ein Konzept für weitere nicht rückzahlbare Direkthilfen für Reisebüros

Schaffen Sie ein auch auf die Reisebüros zugeschnittenes Konzept zur Deckung von Ertragsausfällen, das strukturbedingt auch **die Monate vor Einsetzen der Maßnahmen** zur Eindämmung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie berücksichtigt – und dazu die für Reisebüros weiterhin andauernde, **fehlende Aussicht auf neue Kundschaft für den bis zu 92% Anteil des Outgoing-Tourismus.** Dabei sind im Blick auf viele Klein- und Familienbetriebe sowie Einzelunternehmen innerhalb der KMU nicht anderweitig abgedeckte Ausgaben für **Gehälter weiterhin** in die, bei der Berechnung zugrunde gelegten Geschäftskosten (Fixkosten selbst bei ruhenden Geschäftsbetrieb) **in Höhe von 75% einzurechnen.** Innerhalb der Consulting-Strukturen der Reisebüros sind Gehälter höher zu bewerten als Mieten, Energiekosten, Lizenzen, Leasings etc. allein.

#### 3. Die PRRI-konforme Kundengeldabsicherung nach § 651r BGB

Das Grundgerüst des Rettungsfonds mit Finanzierung durch Abtretung der Reiseveranstalter an die Leistungserbringer an den Fonds-Schuldner sowie durch die Einlagen der Reiseveranstalter aus den Reisepreisen bei Neubuchungen lädt förmlich dazu ein, diesen forthin für die **Kundengeldabsicherung gemäß der vollends umzusetzenden Richtlinie (EU) 2015/2302** des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen zu nutzen. Speziell für lokale Reisebüros stellt besonders **der Kundenschutz ein vertrauensschaffendes Werkzeug für zukünftige Dienstleistungen** dar.

# VUSR

## Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros

Sie alle wissen, dass durch die Absagen der Reisen zur Eindämmung der Ausbreitung der Pandemie den Reisebüros alle möglichen Provisionserträge ausnahmslos weggebrochen sind (nicht ausbezahlt oder gar rückgefordert). 80% der Reiseveranstalter zahlen Provisionen erst bei oder nach Abreise der Reisegäste, nur 20% direkt bei Buchung. Umbuchungen in die Zukunft helfen vielleicht den Reiseveranstaltern, bedeuten für Reisebüros enorme Verluste bei wesentlich mehr Arbeit! **Wer allein Reiseveranstalter rettet, hilft nicht automatisch auch der eigenständigen Wirtschaftskraft Reisebüros!**

*Dass wir als Verband unabhängiger selbstständiger Reisebüros die prekäre Situation vornehmlich mit den Augen der vielen Reisemittler in Deutschland sehen und dass wir den Fokus vorrangig auf die Belange dieser Reisebüros legen, heißt nicht, dass wir die Krisensituation anderer Branchenpartner unbeachtet lassen oder diese uns nicht auch berührt. Im Gegenteil!*

Verehrte Damen und Herren der Bundespolitik, Sie haben in diesem Chaos schon so viel Struktur eingebracht. Wir sind ein starkes Land und die Reisebüros sind eine starke und wichtige Wirtschaftskraft. **Unser Motiv, mit dem wir an diese Dinge herangehen, muss sein:** Wir haben so vieles geschafft – wir schaffen das! Gemeinsam und jetzt!

Mit den allerbesten Grüßen  
**Marija Linnhoff (1. Vorsitzende, VUSR e.V.)**



Der Deutsche Reise-RettungsFonds (DRRF) - aktualisierte Fassung 06.05.2020

**Aufgabe und Zielsetzung**

Der Deutsche Reise-RettungsFonds (DRRF) ist ein europarechtlich abgesicherter Weg, durch den viele Reisebüros sowie wirtschaftlich damit zusammenhängende Unternehmen (wie z.B. Buchungssysteme und Abrechnung/Controlling) vor der drohenden Insolvenz geschützt werden und die Verbraucherinnen und Verbraucher ihr Recht auf Rückerstattung beibehalten. Er ist direkt umsetzbar und wird der Stärke des deutschen Staats gerecht; und er wird von Seiten der EU-Kommission unterstützt.

Der Deutsche Reise-RettungsFonds (DRRF) ist die Lösung, der die Verbraucher-Ansprüche begleicht ohne dabei die Unternehmen zu belasten; und der in jedem Falle gewährleistet, dass der Fonds nach wenigen Jahren ohne weitere Verluste für den Bund als Schuldner durch die Einlagen bei neuen Reisen wieder aufgefüllt wird!

Ebenso ist der Deutsche Reise-RettungsFonds (DRRF) die enorm wichtige Grundlage der dringend notwendigen Neuregelung der Kundengeldabsicherung mit Blick auf die Umsetzung der Pauschalreiserichtlinie (Richtlinie (EU) 2015/2302) und der EU-Fluggastrechte (Verordnung (EG) Nr. 261/2004 und Auslegungsleitlinien C20201830).

**Aufbau und Verlauf**

- A Der Staat legt als Schuldner den Deutschen Reise-RettungsFonds (DRRF) auf. Dieser umfasst - auch die zukünftig wichtige Insolvenzabsicherung nach der Pauschalreiserichtlinie und EU-Fluggastrechteverordnung berücksichtigend - ca. 10 Mrd. Euro.
- B Die Reiseveranstalter kehren mit Geldern aus dem Fonds Anteile in Höhe des jeweilig bezahlten Reisepreise an die Reisegäste aus. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sind nach §651h BGB korrekt behandelt und Staat und Politik tragen so europarechtlich gestützt und zukunftsorientiert zum Vertrauen in die Branche bei.
- C Die ursprünglich bei den Reiseveranstaltern eingegangenen Kundengelder werden von diesen, wie bei erfolgter Reise, der regulären Verteilung zugeführt. So erhalten Reisebüros hieraus ihre wohlverdienten Provisionen für die umfangreiche Beratungs- und Vermittlungstätigkeit sowie das Krisenmanagement vor Ort ausbezahlt. Diese Provisionen verbleiben im Reisebüro. Auch wirtschaftlich zusammenhängenden Unternehmen wie Buchungssysteme und Abrechnung/Controlling werden hieraus entlohnt und ihr Fortbestand gesichert.
- D Im Gegenzug führen die Reiseveranstalter die aus den Reisegeldern noch nicht ausgegebene Anteile für Reiseleistungen wie Beförderung und Beherbergung in den Fonds zurück bzw. treten Forderungen gegenüber den Leistungsträgern für nicht erbrachte Leistungen an den Schuldner des Fonds ab.
- E Aus zukünftigen Neubuchungen führen die Reiseveranstalter - aus den von Reisegästen vereinnahmten Reisepreisen - Anteile in Höhe von z.B. 1% pro Buchung oder € 5,-/Reisegast in den Fonds zurück, der in seiner weiteren Funktion zukunftsorientiert auch die notwendige Kundengeldabsicherung erfüllt.



München, 26. Mai 2020

Sehr geehrte Damen und Herren des Tourismusausschusses,

Im Gegensatz zu anderen Branchen ist die Touristikbranche aufgrund der zahlreichen Reisewarnungen und Einschränkungen im Inland, in Europa und weltweit bereits seit Ende Februar und somit nun rund 10 Wochen von den verheerenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen und wird dies aufgrund der weiterhin international andauernden Reiseeinschränkungen auch noch weitere Wochen sein.

Jedoch kann sie ihre Strukturen für den Geschäftsbetrieb im Gegensatz zu anderen betroffenen Branchen vielfach nicht auf ein Minimum reduzieren, denn seit Wochen ist die Branche damit beschäftigt, bereits vor Monaten getätigte Urlaubsbuchungen ihrer Kunden, darunter auch für die Oster – und Pfingstferien, zu stornieren und zurück zu erstatten. Diese Kombination aus weiterhin notwendigem Geschäftsbetrieb für einen Kundenservice und die Rückabwicklung von bereits getätigtem Geschäft, führt zu einem immensen Liquiditätsengpass.

Da eine zeitnahe Wiederaufnahme eines europäischen und internationalen Reiseverkehrs, weiterhin nicht absehbar ist, sind drastische Maßnahmen jetzt notwendig, um alle touristischen Unternehmen zu stützen, die sich aufgrund der Situation Forderungen gegenübersehen, die sie -, unverschuldet und außerhalb Ihres Einflussbereiches – nicht erfüllen können.

Aus diesem Grund müssen schnellstmöglich 2 Lösungen geschaffen werden:

- a) Die Lösung der Rückzahlungsverpflichtungen
- b) Beihilfen für die laufenden Kosten der Unternehmen ohne Umsatz.

Für das Problem der Rückzahlungsverpflichtung hat die Bankenkrise gezeigt, wie es gehen kann. Ein neuer Sonderfonds als Sondervermögen des Bundes für die Touristik ist notwendig, da die von der Bundesregierung anvisierte Gutscheinelösung für Pauschal- und Flugreisen aufgrund fehlender Zustimmung aus Brüssel wieder verworfen wurde.

Wir bitten Sie deshalb, unseren folgenden Vorschlag eines Sonderfonds für Rückzahlungsverpflichtungen aus stornierten Reisen in Betracht zu ziehen.

## 1) Die wichtigsten Eckpunkte des Fonds:

### a) Für welche Unternehmen gilt der Fonds:

- Veranstalter gemäß der Pauschalreiserichtlinie
- Airlines
- Unterkünfte (Hotel, Ferienwohnung, usw.)
- Transport (Bus, Mietwagen, etc.)
- sonstige touristische Dienstleister (z.B. Airport Parking, Camping usw.)
- Reisevermittler (Provisionen)
- Zwischenhändler wie z.B. Consolidator

### b) Regeln des Fonds

- B2C (Business to Customer) wird immer ausbezahlt und vom Fonds direkt
- B2B (Business to Business) wird zunächst verrechnet im Fonds
- auch bereits ausgezahlten Beträge können in den Fonds eingelegt werden (Abreise ab 8.3.2020)
- Laufzeit 10 Jahre (vorzeitige Rückzahlung möglich)
- Zinsen 1%

### c) Quellen der notwendigen Daten

- Midoffice Systeme
- Backoffice Systeme
- Finanzbuchhaltungsservice & Steuerberater

### d) notwendige Höhe des Fonds

Laut Abfragen bei den Verbänden sehen die Rückzahlungsverpflichtungen wie folgt aus:

<b>Rückzahlungsverpflichtungen bis 30.04.2020 (ca.):</b>	
Pauschalreise	3,50 Mrd. €
Ferienhaus	1,50 Mrd. €
Bustouristik	1,50 Mrd. €
Camping	0,50 Mrd. €
Airline in DE	2,00 Mrd. €
Hotellerie in DE.	2,00 Mrd. €
Sonstige (Mietwagen, Parkplatz, etc.)	0,50 Mrd. €
<b>TOTAL</b>	<b>11,50 Mrd. €</b>

Da es weitere Rückzahlungsverpflichtungen geben wird und diese davon abhängig sind, in welchem Bereich die Aufnahme des Geschäftes (z.B. Domestic vs. Auslandsreisen) wieder möglich ist, gehen wir von einer Summe von ca. **15 Mrd. EUR** aus, mit der der Fonds ausgestattet werden muss.



## 2) Erläuterungen

### Für welche Unternehmen gilt dieser Fonds?

Nicht nur Reiseveranstalter sind betroffen, sondern auch verschiedenste touristische Leistungsträger und Reisevermittler, die nun Provisionen und Umsätze zurückbezahlen müssen, leiden. Dies gilt gleichermaßen für den Maschinenraum der Touristik, die systemkritischen Dienstleister, die den Reisebuchungsprozess erst möglich machen.

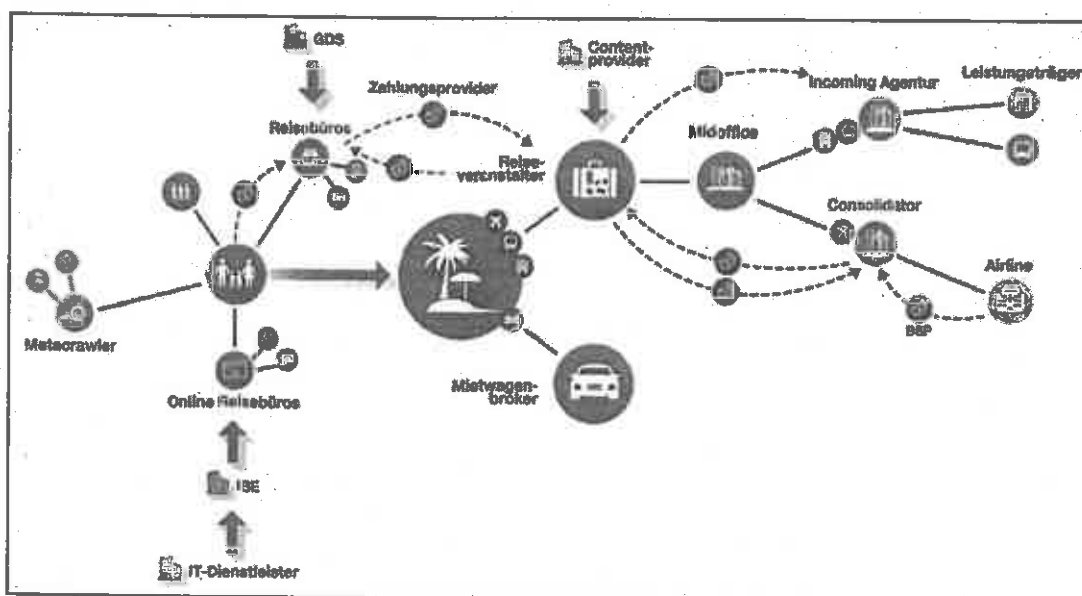


Schaubild 1 Darstellung der Komplexität innerhalb der Touristikbranche

Da das Touristiksystem aufgrund seiner Komplexität an Prozessen nur als Ganzes funktioniert, muss der Fonds für alle touristischen Unternehmen, die Rückzahlungsforderungen aufgrund von abgesagten Reisen haben, gelten.

Auch haben nicht nur Veranstalter oder Reisebüros Rückzahlungsverpflichtungen, sondern ebenfalls Anbieter von Einzelleistungen. Das heißt, auch diese Unternehmen sind in ihrer Existenz gefährdet.

### Wie bekommt man die Rückzahlungsverpflichtungen in solch einem Fonds organisiert?

Eine Handvoll sogenannter Midoffice-, Backoffice- und Finanzbuchhaltungssysteme verwalten in ihren Systemen die Buchungen aller Akteure im deutschen Touristikmarkt. Dies beinhaltet die Forderungen von Kunden, Provisionsabwicklungen oder auch Abrechnungen von Zulieferern. Diese könnten deshalb über Schnittstellen eine zentrale Rolle in der Lieferung und Verwaltung der rückzahlungspflichtigen Buchungen an den Fonds spielen. Der Fonds könnte in Form einer Datenbank installiert werden.

Für den Aufbau und die Verwaltung könnte eine niedrige Servicegebühr von einem Euro pro Vorgang installiert werden, die an die Midoffice-, Backoffice- und Finanzbuchhaltungssysteme zu entrichten

wäre. Dies würde diese Unternehmen ebenfalls bei der Aufrechterhaltung ihres Betriebes unterstützen.

#### Wie und unter welchen Bedingungen kann eine Abwicklung erfolgen?

Bei Touristikunternehmen, die Rückzahlungsverpflichtungen gegenüber Endverbrauchern erfüllen müssen (B2C), müssen diese nun ihre Rückzahlungsverpflichtungen an die installierte Datenbank melden. Dies kann automatisch über systemische Schnittstellen abgewickelt werden. Dort müsste der Vorgang anhand gewisser Kriterien (Reisezeitraum, zu dem Zeitpunkt gültige Reiseeinschränkungen etc.) geprüft und anschließend anerkannt werden.

Diese Kriterien müssen laufend entsprechend der Entwicklungen der Krise und der Reiseregularien angepasst werden. Für die Erfassung dieser Kriterien gibt es ebenfalls bereits bestehende Anbieter in der Touristik. Anschließend wird das Geld durch das Touristikunternehmen an den Endverbraucher ausbezahlt. Auch bereits ausgezahlte Rückzahlungen an den Endverbraucher durch Touristikunternehmen könnten in den Fonds eingelagert werden.

Für Business to Business, also die gegenseitigen Verpflichtungen der Touristikunternehmen untereinander, erfolgt eine Verrechnung mit dem Fonds. Erst bei einem positiven Guthaben wird eine Auszahlung an das entsprechenden Unternehmen ausgeführt.

Die Touristikunternehmen müssen sich wiederum verpflichten, innerhalb eines angemessenen zeitlichen Rahmens von beispielsweise zehn Jahren, die Beiträge an den Staat zurückzuzahlen. Der Zinssatz sollte nicht mehr als ein Prozent betragen.

Die aktuellen Rückzahlungsverpflichtungen der deutschen Touristikbranche belaufen sich bis zum 30. April 2020 auf ca. 11,5 Milliarden Euro. Der Betrag muss allerdings höher angesetzt werden da nach dem 30.4. weitere Reisen storniert werden müssen und damit neue Rückzahlungsverpflichtungen entstehen werden. Wir gehen davon aus, dass die Gesamtsumme bei ca. 15 Mrd. liegen wird.

Hier ein Beispiel für die Funktionsweise des Fonds anhand eines Reiseveranstalters:

Veranstalter A		
	Forderungen	Verbindlichkeiten
Reisepreis		1.600 €
Flugticket	800 €	Gegenüber Airline
Hotel	500 €	Gegenüber ausl. Hotel
sonstiges	100 €	Gegenüber ausl. Dienstleister
Reisebüro-Provision	150 €	Gegenüber Reisebüro
<b>TOTAL</b>	<b>1.550 €</b>	<b>1.600 €</b>
<b>Rohrertrag</b>		<b>50 €</b>

Erhält der Reiseveranstalter alle Forderungen, so belaufen sich die Verbindlichkeiten gegenüber dem Fond auf lediglich 50€ Rohrertrag über 10 Jahre zzgl. Zinsen. Die Nichterstattung durch ausländische Partner oder eine ausländische Airline stellt ein zusätzliches, jedoch gedeckeltes Risiko dar.

Fonds		
	Forderung Fonds	Anrechnung
Reisepreis	1.600 €	Auszahlung des Reiseveranstalters an den Kunden
Flugticket		800 € Verrechnung gegenüber Airline
Hotel		
sonstiges		
Reisebüro-Provision		150 € Verrechnung gegenüber Reisebüro
<b>TOTAL</b>	<b>1.600 €</b>	<b>950 €</b>
<b>Forderung gegenüber Veranstalter</b>	<b>650</b>	Die ausländischen Forderungen von Hotel und Sonstigen erhält er vermutlich direkt.
<b>Forderung gegenüber Airline</b>	<b>800 €</b>	
<b>Forderung gegenüber Reisebüro</b>	<b>150 €</b>	
zzgl. 1€ pro Bearbeitungsgebühr pro Vorgang, in diesem Fall z.B. 4€		

### Was spricht für eine solche Fonds-Lösung für die Touristikbranche

Unabhängig von der Frage, ob aufgrund der vorliegenden völlig außergewöhnlichen Lage eine Anpassung der Verbraucherrechte möglich ist, bietet diese Lösung die Chance, Verbraucherrechte unangetastet zu lassen und gleichzeitig die Insolvenz zahlreicher weiterer Touristikunternehmen abzuwenden. Ebenso ist es ein Konzept, dass auch den klein- und mittelständischen Unternehmen in der Branche offensteht. Bis dato geschaffenen Maßnahmen der Bundesregierung waren für diese bisher vielfach nicht zugänglich, da beispielweise KfW-Kredite nur selten an touristische Betriebe vergeben werden, aus Angst vor Zahlungsausfällen.

Zudem ist es eine Lösung, die dazu führt, dass echter Geldfluss und damit die Liquidität in der Branche erhalten bleibt und somit auch der Endverbraucher als Kunde sein Geld zurückerhält.

Auch hat eine Laufzeit von 10 Jahren den Vorteil gegenüber der Voucherlösung, dass die Unternehmen das Problem nicht von 2020 nach 2021 schieben, sondern dass ihnen ein akzeptabler Zeitraum für die Rückzahlung ermöglicht wird.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Abgestimmt mit folgenden Verbänden

